

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 240 SONNTAG, 23. Januar 1938

Aus dem Inhalt:

Kanonenhochzeit

Berichte aus Deutschland

Sozialismus und Gewalt

Prix: Fr. 1,50

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran, Paris-9. Téléphone: Trudaine 46-52

Gefahr für die Freiheit

Die braune Verfolgung gegen die freie Presse

Das braune System verfolgt uns mit ingrimmigem Hass. Da es den „Neuen Vorwärts“ nicht zum Schweigen bringen konnte, reizt es die jetzigen und die künftigen Bundesgenossen Hitlerdeutschlands gegen ihn auf. Im Augenblick, in dem der „Neue Vorwärts“ zum erstenmal in Paris erschien, erhielten wir die Mitteilung, dass die Regierung Stojadinowitsch unsere Zeitung in Jugoslawien verboten hat.

Wir wissen genau, woher dieser Pfeil kommt. Es ist wahr, dass wir über die Regierung Stojadinowitsch ungeschminkt unsere Meinung gesagt haben. Wir haben die Auflockerung der Kleinen Entente ebenso kritisch verfolgt wie die innere Diktatur der Regierung Stojadinowitsch und die Machenschaften des Prinzregenten Paul. Wir haben seit langer Zeit die Absicht dieser Regierung gebrandmarkt, sich an die faschistischen Diktaturen zu verkaufen, buchstäblich zu verkaufen. Wir haben in die dunklen Abmachungen hineingeleuchtet, die von dieser Regierung mit der Hitlerregierung über die Ausbeutung der jugoslawischen Erzlager getroffen worden sind. Es war deutlich genug sichtbar, dass die Regierung Stojadinowitsch das Spiel der braunen Despotie in Südosteuropa erleichterte. Dies ist lange genug gegangen, und heute kann niemand mehr sich darüber täuschen, dass die Zunahme des politisch-wirtschaftlichen Einflusses des Hitlersystems in Südosteuropa eine Abnahme der inneren Freiheit dieser Völker bedeutet, deren Regierungen sich dem Hitlersystem annähern. Der deutsche Imperialismus, der immer noch und immer wieder auf der Linie Berlin-Bagdad vorstösst, ist eine Gefahr für die Freiheit der Völker Südosteuropas.

Mit unserer Kritik an der Regierung Stojadinowitsch haben wir übrigens nicht allein gestanden. Die Brutalitäten dieser Regierung gegen das eigene Volk sind von der sozialistischen und demokratischen Presse aller Länder hinreichend gekennzeichnet worden. Für uns war der wichtigste Ansatzpunkt unserer Kritik, dass jede Regierung, die sich der Regierung Hitler annähert, der Freiheit Europas und der Freiheit des deutschen Volkes einen schlechten Dienst erweist.

Aber wir sind in Jugoslawien nicht um dieser Kritik willen verboten worden, sondern weil die deutsche Regierung, die Regierung Hitlers, allerorten unser Verbot fordert. Das diplomatische Personal des Dritten Reiches ist mit dem hasserfüllten Feldzug des Systems gegen uns überall leb-

haft beschäftigt. Die Stimme der Wahrheit soll erstickt werden. Stojadinowitsch, der Mann, der sich jetzt an Hitler und Göring heranwirft, hat bei seinem Besuch in Berlin seinen braunen Gönnern das Verbot des „Neuen Vorwärts“ in Jugoslawien als Gastgeschenk mitgebracht. Man hat es von ihm gefordert, und er hat gewusst, dass er sich in Berlin damit angenehm machen würde. Dieser Bundesgenosse einer freien liberalen Demokratie tritt bedenkenlos ein Stück der europäischen Demokratie zu Boden, um den Despoten in Europa zu gefallen. Man kann von einem Stojadinowitsch nicht verlangen, dass er Gefühl für die geistigen Werte der Demokratie habe. Aber die Staatsmänner der grossen Demokratien sollten aus der Tatsache lernen, dass die deutschen Despoten auch ein kleines Stück europäischer Demokratie, wie es der „Neue Vorwärts“ ist, mit ingrimmigem Hass verfolgen, und dass sie einen sorgfältigen und umfassenden diplomatischen Feldzug gegen ihn führen. Wollen sich die grossen Demokratien am Ende nachsagen lassen, dass die Despoten ein besseres Verständnis für den Kampfwert und die geistige Bedeu-

tung der Stimmen der Demokratie haben?

Das Verhalten der Regierung Stojadinowitsch sollte ihnen die Augen darüber öffnen. Wenn die Presse der jugoslawischen Regierung von dem Sieg spricht, den das Dritte Reich heute schon errungen habe, muss das ebenso merkwürdig in den Ohren der demokratischen Bundesgenossen Jugoslawiens klingen wie die Behauptung, dass die Annäherung an Hitler einen Beitrag Jugoslawiens zum Frieden darstelle. Deutscher Sieg — über wen? Und Frieden — um welchen Preis? Jugoslawien ist der Bundesgenosse Frankreichs — aber Stojadinowitsch hat in Berlin Göring mit folgenden Worten begrüsst:

„Sie haben das Herz eines ganzen Volkes erobert. Ihre Natur, eine unerschöpfliche Quelle der deutschen Kraft, hat in meinem Lande selbst die einfachsten Menschen befeuert. Der Name Hermann Göring, des treuesten Mitkämpfers Adolf Hitlers, ist in Jugoslawien ein verehrtes Symbol selbst in den verlorensten Dörfern in den Bergen. Wir wissen, dass in Ihrer Stimme die Seele eines ganzen Volkes spricht.“

Das deutsche Volk wie das jugoslawische Volk denken anders über die orientalischen Schmeicheleien des

Stojadinowitsch vor der brutalen Despotie. Hermann Göring — die Seele des deutschen Volkes? Wenn dies in den demokratischen Ländern wirklich geglaubt werden würde, welches Unglück für das deutsche Volk! Die jugoslawische Bevölkerung aber ist in ihrem Kern demokratisch. Sie hat es gezeigt, als sie einst dem Vertreter der tschechischen Demokratie zujubelte, während Stojadinowitsch und Prinz Paul bleich daneben standen, sie hat es wieder gezeigt, als sie beim Besuch des Vertreters von Frankreich, Delbos, für das französisch-jugoslawische Bündnis manifestierte — während Stojadinowitsch auf die Demonstranten schiessen liess.

Das Verbot des Neuen Vorwärts in Jugoslawien ist ein Stück der Tragödie der Freiheit, die sich in Südosteuropa vollzieht. Unter dem Druck der braunen Eroberer verliert die europäische Demokratie Position um Position. Wir reden nicht nur für uns, wenn wir den Finger auf diese Wunde legen. Es sind nicht nur einzelne Stimmen der Demokratie, die dort preisgegeben werden — es ist die Freiheit der Völker dieses Teiles von Europa, die dort auf dem Spiele steht.

Deutschland als Vorbild

Sehnsucht eines französischen Unternehmers

Der Hamburger „Wirtschaftsdienst“ veröffentlicht einen Aufsatz über das Thema „Das französische Unternehmertum unter dem Volksfrontregime“, dessen Verfasser offenbar in den führenden Kreisen der französischen Unternehmerorganisation zu suchen ist. Der Aufsatz ist ein einziger Sehnsuchtschrei nach der Einführung deutscher Zustände in Frankreich. Unter beweglichen Klagen über die „aufrührerischen Spekulationen“ des Marxismus wird da erklärt:

Auf den ersten Blick könnte es mühsig erscheinen, wollte man einem deutschen Leser die Versuche schildern, die vom französischen Patronat gemacht wurden, um seine Existenz und seine Tätigkeit zu schützen. Seit der Machtübernahme gibt es ein derartiges Problem in Deutschland nicht mehr, denn jeder einzelne kennt dort seine Pflichten und Rechte genau. Die souveräne Autorität der Reichsregierung weiss jeden vor seine Verantwortlichkeit zu stellen. Das „Führerprinzip“ steht im klaren Gegensatz zur „Massenherrschaft“, die in Frankreich regiert. Da die öffentliche Macht in Frankreich unfähig oder nicht gewillt war, der Autorität des Unternehmers Respekt zu verschaffen, musste sich dieser nach der anfänglichen Ueberraschung selbst helfen, wenn er nicht verschwinden wollte.

Die „DAZ“, die diese französische Liebeserklärung ausführlich nachdruckt, bemerkt zu ihr:

Das französische Unternehmertum erlebt seit dem Volksfrontregime die Zeiten, die der deutsche Unternehmer zwischen 1919

und 1933 durchmachte. Es sieht sich einer immer stärker anschwellenden Flut des Marxismus gegenüber und seine Organisationskraft reicht nicht aus, diese Flut zu dämmen. Es fühlt sich in steigendem Masse im Volksbewusstsein verkannt und vereinsamt, als Ausbeuter und Reaktionär abgestempelt, und es hat keine Mittel, gegen diese Isolierung, die eine Folge der planmässigen marxistischen Stimmungsmache in den breiten Massen des Volkes ist, wirksam anzukämpfen. Es nimmt daher nicht Wunder, dass der Verfasser des Artikels mehrfach der deutschen Staatsautorität und der durch sie verbürgten Arbeitsfreiheit, (1) welche die französische Wirtschaft heute bitter vermisst, hohe Anerkennung zollt.

Jetzt weiss man wenigstens genau, wodurch Hitler Deutschland „vor dem Chaos gerettet“ hat. Dadurch, dass er den Arbeitern das Koalitionsrecht genommen hat! Ebenso genau weiss man, wem zuliebe dieser Rechtsraub erfolgte. Den Unternehmern zuliebe! Wenn man die Arbeiter gewaltsam hindert, besser bezahlte Posten anzunehmen, wenn man ihre Freizügigkeit beseitigt und sie zu öffentlichen Arbeiten zwangsweise hierhin und dorthin expediert, heisst das im Jargon der Unternehmer „Arbeitsfreiheit“! Die Versklavung der Arbeiter im Dienste des Unternehmertums und des Militarismus war das Werk Hitlers. Dafür hat er in den französischen Scharfmacherkreisen die Bewunderung gefunden, die er verdient.

„Liebe“ zum braunen Buch

Man will es nicht

Fünf Jahre sind jetzt die nationalsozialistischen Kulturorganisationen um die Geschmacksbildung des deutschen Volkes bemüht. Fünf Jahre lang werden Bibliotheken eingerichtet, Kurse abgehalten und geistige Kläranlagen geschaffen, um die ethische Nahrung der Volksgemeinschaft vom liberalistisch-marxistischen Schlamm zu reinigen. Göbbels und Rosenberg werden nicht müde, die gewaltigen Erfolge ihrer Arbeit zu rühmen.

Was ist die deutsche Wirklichkeit? Der Reichsstellenleiter Merzdorf veröffentlicht eine Statistik über eine „Buchhilfe“, die vor einigen Jahren von I. G. Farben in Leverkusen bei Köln eingerichtet wurde. Jedem Werksangehörigen wurden zur Anschaffung eines Buches bis zu zwei Mark aus Mitteln des Werks gegeben. 1936 nahmen 22 Prozent der Belegschaft diese Einrichtung in Anspruch, und im ganzen wurden bei einer Gesamtzahl von 21 000 Werksangehörigen 6 200 Bücher auf diesem Wege gekauft.

An der Spitze der ausgewählten Bücher stehen die Unterhaltungsromane des bayrischen Edel-Courts-Mahlers Ludwig Ganghofer. Sie wurden 289 mal gekauft. Es folgen die Bücher Corvins „Der Pfaffenspiegel“, und „Die Geisler“ sowie Königs „Hexenprozesse“. Diese Bücher wurden zusammen 541 mal erworben. In ungeheurer weitem Abstände folgen erst Hitlers „Mein Kampf“ und das parteiamtlich genehmigte Schrifttum der Grimm, Griese, Blunck, Stegweil, Menzel, Ponten und so weiter.

Komplimente

Ein Beispiel brauner Verlogenheit

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht einen Aufsatz über die innerpolitische Diskussion in Schweden. Er vergleicht die politische Auffassung der schwedischen Sozialdemokraten mit der Lehre Hitlers, um schliesslich den schwedischen Sozialdemokraten folgenden Kompliment zu machen:

Für schwedische Belange darf freilich eines nicht übersehen werden: Auch bei den doktrinärsten schwedischen sozialdemokratischen Politikern steht die praktische Politik vor der Ideologie. In Schweden sind auch die Sozialdemokraten, zumindest die massgebenden und ernstzunehmenden unter ihnen, überzeugte Patrioten und Nationalisten, so überzeugt, dass, was sie tun und denken, nicht im Dienste einer verwachsenen Internationalität, sondern aus sozialem und vaterländischem Verantwortungsbewusstsein geschieht. Gerade das aber muss und wird sie vielleicht, einmal von selbst zu jenen Wirklichkeiten sozialer Politik hinführen, deren Wege von den Vorkämpfern des Volksgemeinschaftsgedankens in anderen Ländern längst praktisch bereits beschränkt worden sind und zum Erfolg geführt haben.“

Unsere schwedischen Genossen werden mit Verachtung lesen, dass die braunen Machthaber von ihnen eine Entwicklung zur totalen Staatsidee hin erwarten. Aber ist nicht die Linie der schwedischen Sozialdemokratie im wesentlichen die gleiche Linie, die in Deutschland die deutsche Sozialdemokratie vierzehn Jahre lang verfolgt hat, und ist nicht gerade deshalb die deutsche Sozialdemokratie vom Hass und vom Terror der braunen Machthaber verfolgt worden?

Man wundere sich nicht über die Unlogik dieser verdächtigen Komplimente. Sie reden von Volksgemeinschaft, und sie meinen das schwedische Eisenerz.

Überbrückte Krise

Tolerierungspolitik in Frankreich

Frankreich hat eine Regierungskrise erlebt, die wie der Vorbote eines Gewitters gewirkt hat. Die Regierung Chauvets, die aus Sozialisten und Radikalsozialisten gebildet war, ist zurückgetreten, und durch eine rein radikalsozialistische Regierung unter Führung von Chauvets ersetzt worden.

Diese Krise war eine Folge der vorangegangenen Streiks, sie hat gezeigt, wie starke Spannungen in der Volksfront zwischen Kommunisten und Radikalsozialisten bestehen. Zwischen Sozialisten und Radikalsozialisten ist die Geldfrage umstritten. Während im sozialistischen Lager eine starke Strömung für die Dirigierung der Währung und die Devisenzwangswirtschaft eintritt, verteidigen die Radikalsozialisten mit dem Zentrum und der Rechten die Freiheit der Währung.

Mitten in der Krise unternahm Leon Blum einen kühnen Versuch — ein Kabinett zu bilden von dem Kommunisten Thorez bis zu Paul Reynaud, nach früheren deutschen Begriffen ein Kabinett der grossen Koalition mit Einschluss der Kommunisten. Dieser Versuch scheiterte; denn Paul Reynaud forderte, dass auch die französischen Hugenberge einbezogen würden. Andererseits weigerten sich die Radikalsozialisten, sich an einem Volksfrontkabinett gemeinsam mit kommunistischen Ministern zu beteiligen. In allen diesen Phasen der Ministerkrise kamen die starken sozialen und politischen Spannungen zum Ausdruck.

Die Krise ist durch ein Kabinett Chauvets überbrückt worden, dass von den Sozialisten toleriert wird. Die Hoffnungen der Reaktion, dass ein Kabinett gegen den klaren Sinn der Wahlentscheidung zustande kommen würde, sind enttäuscht worden.

Schwächlinge wachsen heran

Grundsteinlegung für die Adolf-Hitler-Schulen

Als Mitte Januar die Grundsteinlegung von zehn „Adolf-Hitler-Schulen“ gefeiert wurde, hielt Baldur von Schirach in Waldbröl eine Ansprache, die von allen deutschen Sängern übernommen wurde. „Jede grosse Bewegung“, so begann er, spiegelt sich in einem erzieherischen System.“ — Welcher Art die Bewegung ist,

Im Völkischen Beobachter hat die „Dynastie Krupp“ als Neujahrsbotschaft dem deutschen Volke angekündigt, dass die Kanonenprinzessin Irmgard sich verlobt hat mit einem gewissen Hanno Freiherrn Raitz von Frentz, SA-Sturmführer von Beruf, und im Nebenamt auch noch Bürgermeister, in St.-Goarshausen am Rhein. Der Herr ist also Baron, seine Bürgermeisterwürde in einem nicht gerade überwältigend grossen Flecken Deutschlands harmoniert mit dem recht bescheidenen SA-Sturmführerpöschchen, und man gewinnt den Eindruck, dass die millionenschwere Krupptochter naziwürdigemäss recht bescheiden heiratet. Das scheint im Gegensatz zu stehen zu dem stählerne Traditionsempfinden dieses Geschlechts der „Ganz-Gross-Verdiener“ an menschlichem Leid und Elend, der Kanonenkönige Deutschlands, — die beiden „G. und B. Krupp von Bohlen und Halbach“ (wie sie ganz bescheiden die Anzeige unterzeichnen) manifestieren jedoch auf andere Art, wie sie sich innerhalb Deutschlands fühlen: die Ortsbezeichnung lautet nämlich „Auf dem Hügel“. Das hat jedermann zu wissen, — mehr denn jemals liegt dieser „Hügel“ nicht in Deutschland irgendwo, — sondern... Deutschland von heute ist gleichbedeutend mit „auf dem Hügel“. „Auf dem Hügel“ in schlichteres Deutsch

die sich in den Adolf-Hitler-Schulen spiegelt, ging aus seinen folgenden Worten recht unzweideutig hervor.

„Das Neue in der Welt wurde niemals von intellektuellen Bücherweisen geschaffen. Die Bücher geben nur über das Auskunft, was bereits war oder ist, die Pioniere des Gaubens aber nahmen ihre Gedanken aus der Zukunft.“

Das ist natürlichbarer Unsinn. Aber die künftigen Erziehungsobjekte der Adolf-Hitler-Schule, die Pimpfe mit dem Ehrendolch, sind darauf dressiert, die Melodie mehr zu beachten als den — für den Export bestimmten — Text. Und sie werden ihren Meister richtig verstanden haben. „Viel marschieren, viel schiessen, wenig lesen!“

„Was die Jugend auf unseren Schulen lernt, das soll sie nicht zu Zweifeln und damit zu Schwächlingen machen.“ Bücher aber, sofern sie richtig und in jener Auswahl gelesen werden, die ein Bild des menschlichen Erkenntnisringes durch die Jahrtausende vermittelt, machen den jungen Menschen unweigerlich zum Zweifler, führen ihn durch alle Qualen des Zweifels zu Erkenntnissen, die keinem zuteil werden, der nie gezweifelt hat. Der Jugend diese Qualen ersparen, heisst Schwächlinge züchten, die Zeit ihres Lebens vor allem zittern müssen, worauf man nicht schiessen kann.

Hier haben wir das Erziehungssystem, in dem sich die nationalsozialistische Bewegung „spiegelt“. Die Kraft dieses Systems liegt in den Gewehren, die veralten können. Seine Schwäche liegt im Geist, den es daran hindern will, sich ewig zu verjüngen. Der „Jugendführer“ vermass sich noch zu sagen:

„Wir Nationalsozialisten leugnen nicht die Macht des Wissens aber wir dienen ihr nicht, sondern wir befehlen ihr.“

Dieser Rekrut wird Ihnen nicht gehorchen.

Immer feste druff!

Vor einigen Monaten hat Generalleutnant a. D. Marx im deutschen Militärwochenblatt die Streitkräfte abgeschätzt, die sich in einem künftigen Kriege gegenüber stehen würden und hat damit vor Unterschätzung des Gognerst gewarnt. Jetzt bringt das offizielle Organ des deutschen Kriegsministeriums „Die Wehrmacht“ in seiner Dezembernummer (27) einen Artikel, der die Streitkräfte Sowjetrusslands würdigt und ihre Achtung gebietende Stärke und Schlagfertigkeit hervorhebt.

Zweifelloh hat der deutsche Generalstab ein Interesse daran, die Angst vor dem Bolschewismus und vor einem „russischen Ueberfall“ zu nähren, um die deutschen Hochrüstungen zu rechtfertigen. Aber noch deutlicher spricht aus diesen Artikeln das Bemühen, warnend die ungeheuerlichen Dimensionen eines modernen Krieges aufzuzeigen und den kriegslüsterne Heisspornen im Nazilager einen Dämpfer aufzusetzen. Die Göbbels verstehen die Sprache der Generale durchaus und sie lassen ihre Organe saner darauf reagieren. So schreibt die Zeitschrift „Völkischer Wille“ in ihrer letzten Nummer:

„Sind wir nicht bedenklich ins Rechnen hineingekommen, überschätzen nicht die meisten von uns jene sachlich klärende Voraussicht, die bei genauerer Betrachtung eine verfluchte Ähnlichkeit

Demnächst:

Kanonenhochzeit «Auf dem Hügel»

übersetzt, heisst: „Kanonen statt Butter“, — und so nimmt es denn auch gar nicht mehr Wunder, dass mit dieser wiedererreichten Millionenernte für das „Volk und Kaiser ergebene“ Kruppgeschlecht die Tradition früherer Hochzeiten wieder mit auflebt.

Als Alfred Krupp's Tochter Bertha heiratete, kam der oberste Kriegsherr, Wilhelm II., damals Kaiser seines Berufes, nach Essen; nun, da der Spross dieser Bertha zu heiraten gedenkt, kündigt Gustav (so heisst der heutige von Bohlen und Halbach, dem der Kaiser das „Krupp“-Zeug dazuerlaubt hat, damit die Kanonendynastie nicht erlösche!) feierlich an, dass „Er“ kommen werde, um das bei Selterwasser aus Krupp's eigenen bodenständigen Quellen mitzufeiern.

Irmgard und „Er“ kennen sich schon seit Anno 34! Irmgard überreichte „Ihm“ am 29. Juni 1934 in der Ehrenhalle der väterlichen mütterlichen Fabrik den obligaten Blumenstraus, der blutige Geschäftssinnvoll symbolisiert. Mit diesem Blumenstraus fuhr „Er“ weiter nach München, und Irmgard mag noch heute des Glaubens sein, „Er“ habe ihren Blumenstraus seinem besten Freund Röhm aufs Grab gelegt, als der andern Tags verunglückte!

Nunmehr wird „Er“ ihr einen Blumen-

straus mitbringen, — das SA-Sturmführerlein wird mit einigen zusätzlichen Litzen (die Herr Lutze schnell noch sandte, damit er auch eingeladen wird) — seinem Führer Meldung machen (etwa: „Zum Dienst am Vaterland «auf dem Hügel» angetreten“), — und dann wird „Er“ vielleicht gönnerhaft sagen: „Mein lieber SA-Brigadeführer honoris und generis causa!“ Und Hanno wird tun, was die uralte Tradition seines Geschlechts erwartet. Seine „Sippe“ kann sich mit den Krupps noch allemal messen, seine Sippe beging um die Jahrhundertwende das Familienfest des tausendjährig gewordenen Stammbaumes und das Jubiläum des ersten Vierteljahrhunderts der Adellung! Neben dem Bürgermeisterposten und der dürftigen SA-Sturmführerlitze ist diese „blaue Tradition“ das „Erbgut“, das der Herr Baron in die Ehe einbringt.

Die Ahnfrau Bertha der heutigen Bertha war noch ein ganz bescheidenes Steuerrats-Töchterlein aus Köln, namens Eichhoff: — welch ein Fortschritt, wenn sich auch der „oberste Kriegsherr“ gewaltig gewandelt hat.



P. S. Vom Schulungskursus auf der S. A.-Bräute-Schule ist Irmgard befreit worden.

Geld spielt keine Rolle!

Der Kongressbau in Nürnberg

Der Baugrund am Nürnberger Dutzendteich, wo die grosse Kongresshalle errichtet wird, bedarf, wie sich jetzt herausgestellt hat, einer besonderen Festigung und Verstärkung. Denn der Boden enthält dort Kohlensäure, welche auf die Douer den Baustein angegriffen hätte. Daher wurde, wie die „Fränkische Tageszeitung“ mitteilt, mit einem besonderen Verfahren Schotter ohne Bindemittel in die Erde eingestampft. Diese Rammarbeiten, die im Februar 1936 begonnen haben, wurden am 19. Dezember beendet. Durch 22 000 Röhren wurden etwa 70 000 Kubikmeter von diesem Verdichtungsmaterial in die Erde eingeschlagen. Zur Anfuhr dieser Schottermenge waren 10 000 Waggons, also etwa 500 Eisenbahnzüge nötig. Seit dem Mai 1937 haben die Arbeiten für die dreieinhalb Meter dicke Fundamentplatte begonnen. Für diese Platte wurden allein 125 000 Kubikmeter Eisenbeton gebraucht. Unter dem hufeisenförmigen Teil des Baues ist dieses Fundament inzwischen fertiggestellt. Die Schwere des Fundaments war erforderlich, weil an dem ganzen übrigen Bau keinerlei Eisenbeton mehr, sondern nur noch der schwere Stein verwendet werden soll.

Narrenfreiheit

„In der gleichen Art wie zum 1. Mai und zum Erntedankfest wird die Abteilung Volkstum-Brauchtum des Amtes Feierabend in der NSG „Kraft durch Freude“ dieses Jahr eine Druckschrift zur Fasnacht herausgeben.“

Sie enthält im Anschluss an den kulturgeschichtlichen Teil praktische Arbeitsanweisungen für den Fasnachtsumzug und einen festlichen Fasnachtabend in Stadt und Land. Diese Richtlinien gehen von der Erkenntnis der weltanschaulichen Bedeutung aus, die die Fasnacht als Fest des Jahresablaufes bei unseren Vorfahren besessen hat.“

(Deutsche Zeitungsmeldung)

Dreimal Tsingtau

November 1897. Nach der Ermordung zweier deutscher Missionare in Shantung landet eine deutsche Flotte in Tsingtau und hisst auf dem Signalhügel die deutsche Flagge („Stolz weht die Flagge schwarzweissrot . . .“) Tsingtau mit Umgebung wird für 99 Jahre „deutsches Pachtgebiet“. Platz an der Sonne. Dreizack gehört in unsere Faust, Völker Europas wahrn eure heiligsten Güter!

Sommer 1914. Japan erklärt Deutschland den Krieg und nimmt nach 35 tägiger Belagerung Tsingtau ein. Auf dem Signalhügel geht die japanische Flagge hoch. Gelbe Stinkaffen!

Januar 1938. Tsingtau wird von den Chinesen geräumt. Eine japanische Flotte erscheint vor der Stadt. Als bald weht auf dem Signalhügel die weisse Flagge. Ein Motorboot mit deutscher Besatzung und Hakenkreuzflagge fährt ihnen entgegen, heisst sie willkommen und geleitet sie zum Hafen. Dreieck Berlin, Rom, Tokio. Kampf gegen Juden und Bolschewiken.

Die Zeiten ändern sich, die Fahnen ändern sich, die Narren bleiben, wie es scheint, immer dieselben.

Ausgerichtete Ganzheit

Im jüngsten Heft des „Nationalsozialistischen Bildungswesens“ beschäftigt sich Friedrich Sander mit dem Thema: „Deutsche Psychologie und nationalsozialistische Weltanschauung.“ Er kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

„Deutsche Psychologie der Gegenwart und nationalsozialistische Weltanschauung — beide sind ausgerichtet auf das gleiche Ziel, die Ueberwindung atomistischer und mechanistischer Denkhaltung, Ueberwindung durch organisches Denken. Das aber bedeutet Ausgerichtetsein auf Ganzheit und Gestalt. Im Bereich wissenschaftlicher Seelenkunde hat sich diese Entwicklung bereits im Sinne der organischen Auffassung des Nationalsozialismus vollzogen.“

Auf dem Kasernenhofe der nationalsozialistischen Weltanschauung geizt es sich, dass auch die deutsche Psychologie ihr auf Ganzheit bezogenes Ausgerichtetsein manifestiert. Diesem Friedrich Sander ist gebührenderweise ein Lehrstuhl für Psychologie verliehen worden in der „Hauptstadt der Bewegung“.

Göring

„Göring hat — das muss einmal festgestellt werden — der Bewegung nicht nur ein internationales Ansehen an den Tischen der Minister, Botschafter und Gesandten erobert, sondern er ist auch mit der scheinbaren Ueberlegenheit der sogenannten „guten Gesellschaft“ fertig geworden. Er hat bewiesen, dass die Kämpfer Hitlers zwar lieber marschieren als tanzen und lieber aus dem Kochgeschirr als von silbernem Tafelservice essen, dass sie aber, wenn es sein muss, sich auch vor Kronleuchtern und Marmorfußböden nicht zu verstecken brauchen. Es ist kein Widerspruch, dass dieser selbe Mann, der Macht und Ansehen des Staates in glänzenden Uniformen repräsentiert, an einem 1. Mai im schmucklosen braunen Rock in der Kolonne der Berliner Siemensarbeiter mitmarschierte.“

(Preussische Zeitung Nr. 11)

Disziplinarstrafrecht

Tabu sind sie, Tabu ist ihre Rede

Dass der jüdische Rechtsanwalt X. keine Praxis gehabt haben würde, wenn er das Tabu nicht verletzt hätte, unterliegt keinem Zweifel. Denn es ist, wenn es auch wieder und wieder in Vergessenheit gerät, bekannt, dass die im Amt verbliebenen jüdischen Advokaten und Aerzte wie Pestkranke gemieden werden. Dass der jüdische Rechtsanwalt X., wenn man sich seiner gänzlich entledigen wollte, auch aus jedem beliebigen anderen Grunde ausgestossen worden wäre, ist nicht zu bezweifeln. Aber, wie die Dinge liegen, ist der jüdische Rechtsanwalt X. von der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen worden, weil er das Tabu verletzt hat.

Das Urteil 2. Senat G 101-35 des Ehrengerichtshofes (Band 30 der Entscheidungen des Ehrengerichtshofes der Reichs-Rechtsanwalts-Kammer — erschienen Ende 1937 — beschreibt das Tabu wie folgt:

„Wenn er im nationalsozialistischen Staat zur Ausübung des Berufs als Rechtsanwalt zugelassen wurde, so lag ihm dafür die Verpflichtung zu grösster Zurückhaltung, vor allem in politischen Dingen ob. Er musste alle Aeusserungen vermeiden, die als eine Kritik an den bestehenden Verhältnissen aufgefasst werden konnten oder die geeignet waren, die Gefühle deutscher Volksgenossen zu verletzen. Bei der Bewertung der festgestellten Aeusserungen des Angeklagten muss auch berücksichtigt werden, dass seiner Rasse die Neigung zu — oft in versteckter Form vorgebrachter — zersetzender Kritik eigen ist.“

Wo hat er das Tabu verletzt? Im Anwaltszimmer des Amts- und Landgerichts in A. Wie oft hat er es verletzt? Dreimal. Wodurch hat er es verletzt?

Das erste Gespräch fand zwischen ihm und zwei anderen Anwälten B. und Dr. C. statt, die nun als Zeugen auftreten. B. berichtete damals, dass er den am 30. 6. 34 erschossenen SA-Obergruppenführer G. noch Ende Juni 1934 im Speisewagen Berlin-Breslau gesehen hätte.

„Auf die Frage eines der anderen Anwälte, wie G. denn ausgesehen habe, schilderte B. ihn als einen grossen stattlichen Mann mit blauen Augen und blondem Haar und fasste seine Beschreibung dahin zusammen, dass G. eine ausgesprochen germanische Erscheinung gewesen sei. Darauf warf der Angeklagte dem Sinne nach unvermittelt ein: „Wie soll denn ein Mann in dieser Stellung heute anders aussehen.“

Den Zeugen wurde sogleich klar, was gesehen war. Denn

„Dr. C. verliess das Zimmer, um sich in seiner Empörung nicht zu unüberlegten Handlungen hinreissen zu lassen.“

Tabu Nr. 2 war die Rede, die der Führer am 9. Oktober 1934 zur Eröffnung des Winterhilfswerkes gehalten und in der er davon gesprochen hatte, dass sich jährlich 20 000 Menschen aus bitterster Not das Leben nähmen. In die bitterste Not habe sie der Vertrag von Versailles gestürzt. „Die unverantwortlichen jüdischen Literaten dieses Zeitalters aber waren niederträchtig genug, dies als „Freitod“ zu bezeichnen.“ In einem Prozess, der vor dem Landgericht A. schwebte, hatten sowohl der Angeklagte als auch der bekannte Nationalsozialist Dr. D. in ihren Schriftsätzen das Wort „Freitod“ verwendet, und der Angeklagte sagte:

„Ich habe in meinem Schriftsatz von Freitod gesprochen, das soll ja heute garnicht sein, aber ich finde keinen Unterschied zwischen den Worten „Selbstmord“ und „Freitod“, und ausgerechnet Sie haben ja jetzt auch von „Freitod“ gesprochen.“

In diesem Falle verliess zwar niemand in seiner Erregung das Zimmer, aber

„Dr. D. nahm auch an, dass der Angeklagte auf die Rede des Führers anspielen wollte. Ihm kam die Aeusserung des Angeklagten merkwürdig vor, er erwiderte ihm aber nichts.“

Den dritten Anlass zur Beschwerde gab der Angeklagte dadurch, dass er ein Wort Görings zitierte. Dieser hatte am 13. November 1934 vor der Akademie für deutsches Recht eine Rede über „die Rechtssicherheit als Grundlage der Volksgemeinschaft“ gehalten und erklärt, seiner Meinung nach sei ein Rechtsanwalt eigentlich überflüssig.“

„In einem Teil der Presse wurde auch über eine Wendung der Rede berichtet in der der Ministerpräsident von den „homerischen Gesängen“ der Anwälte gesprochen hatte.“

Am Tage darauf musste der Angeklagte im Verhandlungssaal lange warten, weil ein anderer Rechtsanwalt, Dr. F., in einer vorangehenden Sache übermässig lange und ausführlich plädierte.

Nach dem Verlassen des Gerichtsgebäudes traf der Angeklagte Dr. F. an

Brasilien vierte Achsenmacht?

Ein nationalsozialistischer Wunschtraum

Von Rio de Janeiro, Mitte Dezember. Die nationalsozialistische Presse bringt in der letzten Zeit Brasilien in der schlimmsten Weise ins Gerede, indem sie leichtfertig die Erklärungen der führenden brasilianischen Staatsmänner über die aussenpolitische Orientierung Brasiliens in Zweifel zu ziehen sucht. Sie bemüht sich sogar, die programmatischen Erklärungen der brasilianischen Politiker zu verfälschen, um die europäische Öffentlichkeit Glauben zu machen, Brasilien wäre auf dem Wege, sich der Achse Berlin-Rom-Tokio anzuschliessen.

Was ist die Veranlassung für diese Gerüchte? Am 10. November wurde das Parlament aufgelöst, die Präsidentenwahl verschoben und eine Verfassungsänderung vorgenommen, die Wort für Wort auf nichts anderes als auf eine bestimmte innenpolitische Situation Brasiliens zugeschnitten ist. Die innenpolitische Bedeutung dieser staatsrechtlichen Neuordnung interessiert in diesem Zusammenhange nicht. Die Nationalsozialisten haben aber behauptet, zwischen dieser Verfassungsänderung und den europäischen Ereignissen bestünde ein enger Zusammenhang und die Brasilianer hätten etwas vom Nationalsozialismus „gelernt“. Dem gegenüber muss festgestellt werden, dass der brasilianische Bundespräsident, wie auch der Aussenminister und der Innenminister eine solche Unterstellung mit Empörung zurückgewiesen haben. Dabei handelt es sich nicht etwa um ein Verschweigen der Wahrheit, — wer von Brasilien auch nur einige Ahnung besitzt und die brasilianische Politik nur mit etwas Verständnis verfolgt, weiss, dass diese Dementis und Richtigstellungen in jeder Beziehung der Wahrheit entsprechen. Vergleiche zwischen Europa und Südamerika sind von vornherein oberflächlich und falsch. Es ist darum dazu geradezu unsinnig zu behaupten, wie es die nationalsozialistische Presse getan hat, dass Brasilien sich wie Italien und Deutschland ebenfalls vom „Liberalismus“ befreit habe, und dass dies ein Beweis mehr für die Krise der Weltdemokratie sei. Der brasilianische Bundespräsident hat in einem am 23. November durch die halbamtliche „Agencia Nacional“ verbreiteten Interview rückschauend ausdrücklich erklärt: „Die Demokratie existierte nur in der Theorie aber nicht tatsächlich.“ Nach einer im „Journal do Brasil“ vom 14. November veröffentlichten Mitteilung des Aussenministers Pimentel Brandao hat der Bundespräsident ausdrücklich erklärt, er denke keinesfalls daran, aus Brasilien einen faschistischen Staat zu machen.

Bereits diese Feststellungen beweisen, dass die nationalsozialistischen Zeitungen die Ereignisse in Brasilien, mit voller Absicht verdrehen. Das erkennt man besonders deutlich, wenn man sich die Erklärungen der brasilianischen Regierung in aussenpolitischer Beziehung vor Augen hält. Der Präsident Dr. Vargas hat vom ersten Augenblick an keinen

Zweifel darüber gelassen, dass die aussenpolitische Orientierung Brasiliens unverändert bleibt. Sowohl er wie sein Aussenminister haben im besonderen betont, dass das Grundprinzip der brasilianischen Aussenpolitik nach wie vor die Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist. Damit hat es aber Dr. Vargas noch nicht bewenden lassen: er hat in der nachdrücklichsten Weise seine Zustimmung zu der Roosevelt'schen Aussenpolitik kundgetan! Das geschah mit voller Absicht und in voller Kenntnis der Leitgedanken der Roosevelt'schen Aussenpolitik.

Diese Erklärung des brasilianischen Bundespräsidenten müsste den letzten Rest von Glauben daran zerstören, dass die Nationalsozialisten mit dem Anschluss Brasiliens an irgendeine Achse rechnen dürften. Man muss es erlebt haben, mit welcher demonstrativen Herzlichkeit bei der Benennung eines der grössten Plätze Rio de Janeiro nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Freundschaft zwischen den USA. und Brasilien unterstrichen wurde, um zu wissen, wie verlogen die Behauptungen über einen Zwiespalt zwischen Brasilien und Nordamerika sind. Wenn die brasilianische Regierung versichert, an ihrer aussenpolitischen Linie habe sich nichts geändert, so ist das eine Tatsache, an der alle böswilligen Verdrehungskünste und alle Wunschträume nichts ändern können!

Wenn die nationalsozialistische Propaganda immer wieder andeutet, das Dritte Reich könne auf Brasilien als Bundesgenossen oder zumindest als Helfershelfer rechnen, so kann sie das nur riskieren, weil in Europa weitgehende Unkenntnis über Brasilien und die brasilianische Aussenpolitik herrscht. Wichtig für die weltpolitische Situation ist nur, dass Brasilien eindeutig zu der Front der friedensliebenden Staaten gehört, weil es in seiner Aussenpolitik mit Roosevelt absolut einig geht. Eine der wichtigsten brasilianischen Zeitungen, die „Folha da Manha“, schrieb erst kürzlich, und zwar lange nach der Parlamentsauflösung, also bereits nach der Neuordnung, über die englisch-nordamerikanischen Handelsvertragsverhandlungen:

„Der politische Sinn eines solchen englisch-nordamerikanischen Handelsvertrages würde sofort Frankreich anziehen, die zweitgrösste Kolonialmacht der Welt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass auch Russland — eingeschlossen auf der einen Seite von Deutschland, auf der anderen von Japan — hier eine Annäherung und eine ökonomische Verständigung sucht. Es ist sicher, dass Lateinamerika nach den Vereinigten Staaten hin gravitieren würde. Brasilien würde sich durch seine Zugehörigkeit zum amerikanischen Kontinent, durch seinen Export nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, durch seine finanziellen Bindungen an Grossbritannien, durch seine ganzen Traditionen

und Interessen einer solchen Koordination nicht fernhalten, die mit einem englisch-nordamerikanischen Handelsvertrag eingeleitet werden würde. Es würde sich ganz im Gegenteil sehr beeilen und all das an Bereitwilligkeit anbieten, was notwendig ist. Unsere Landwirtschaft ergänzt die Industrierwirtschaft der beiden Grossmächte, die unsere Käufer und unsere Lieferanten sind.“

Diese Darlegung zeigt in all ihrer Nüchternheit, warum Brasilien aufseiten Roosevelts steht: Brasilien ist ein amerikanischer Staat, Brasilien ist ein Staat, der durch seine ganze Tradition und seine gesamten wirtschaftlichen Belange auf die Freundschaft und Zusammenarbeit mit den beiden angelsächsischen Grossmächten den grössten Wert legt und legen muss. Würde Brasilien eine andere Politik betreiben, würde es sich zweifelsohne ins eigene Fleisch schneiden! Hier spielen nicht allein ökonomische Erwägungen und traditionelle Dinge eine Rolle. Roosevelts ständige Bemühungen um Lateinamerika zielen darauf ab, eine gemeinsame aussenpolitische Linie zu finden, die den USA. und den lateinamerikanischen Staaten gleich gerecht wird. Seine grösste Stütze bei diesen Anstrengungen ist Brasilien, so dass Roosevelt auf seiner Fahrt zum amerikanischen Kongress in der brasilianischen Hauptstadt Rio de Janeiro Station machte, um mit Dr. Vargas über alle (zum Teil sehr delikaten und komplizierten) panamerikanischen Probleme zu konferieren. Durch diese nordamerikanisch-brasilianische Zusammenarbeit, die seither nie abgerissen ist, hat sich Brasiliens Position in Lateinamerika sehr gefestigt. Man hält die Brasilianer, die auf Prestigedinge grossen Wert legen, unverdientermassen für sehr töricht, wenn man ihnen zutraut, dass sie diese Zusammenarbeit mit den USA. aufgeben würden...

Die nationalsozialistischen Behauptungen über die aussenpolitische Umorientierung Brasiliens sind also durch die Bank falsch. Niemand von den verantwortlichen Staatsmännern Brasiliens denkt an eine abenteuerliche Wendung der Aussenpolitik, an eine Unterstützung oder gar Anschluss an irgendeine „Achse“. Es besteht nicht die geringste Wahrscheinlichkeit, dass sich die brasilianischen Aussenpolitiker durch Verlockungen, Schmeicheleien und gutes Zureden von irgendjemandem in das Schlepptau nehmen lassen. Brasiliens Aussenpolitik wird nicht in Berlin, sondern in Rio de Janeiro gemacht! Seine Stellung gegenüber dem Dritten Reich lässt sich in wenigen Worten zusammenfassen: es wünscht nach Deutschland viel Kaffee und Früchte zu verkaufen, aber möglichst nicht in Verrechnungsmark, sondern in einer international gehandelten Währung; es wünscht ferner, dass die Nationalsozialisten nichts unternehmen, was die Deutschbrasilianer verführen könnte, illoyale Brasilianer zu sein. Im übrigen ist Brasiliens Bundesgenosse nach wie vor Roosevelt und nicht Hitler!

der Haltestelle der elektrischen Strassenbahn und rief diesem, als er einen Strassenbahnwagen bestieg, die Worte zu: „Na, Sie homerischer Sänger.“

Die erste Aeusserung „Wie soll denn ein Mann in dieser Stellung heute anders aussehen“ gibt dem Ehrengerichtshof Veranlassung zu folgendem Empörungsschrei:

„Der Zusammenhang, in dem die Aeusserung fiel, sowie ihr Ton lassen vielmehr erkennen, dass es dem Angeklagten darum zu tun war, den anwesenden Berufsgenossen in hämischer Weise vor Augen zu führen, dass selbst ein Träger hoher Aemter von so ausgesprochen germanischen Aussehen wie G. sich als moralisch minderwertig erwiesen habe und als Hochverräter habe erschossen werden müssen.“

Die Begriffsanalyse über die Worte „Freitod“ und „Selbstmord“ führt den Ehrengerichtshof zu der Schlussfolgerung:

„Darin lag der Versuch, dem Führer, unter Entstellung seiner Rede, Unrichtigkeiten nachzuweisen, also eine — wenn auch in feiner und versteckter Form vorgebrachte — Kritik an seiner Rede.“

Und was endlich den homerischen Sänger anlangt, so ist diese Aeusserung

„geeignet, das Gesamtbild, dass die Berufungsverhandlung von Angeklagten ergeben hat, abzurunden... Die festgestellten Verfehlungen reichen aus, die vom Ehrengericht ausgesprochene Strafe der Ausschliessung von der Rechtsanwaltschaft zu rechtfertigen.“

Es ist prinzipiell bedeutsam, aus welchen „Gründen“ heute in Deutschland jemand um Amt und Brot gebracht wird, auch wenn das Amt nur eine leere Berechtigung und das Brot nur ein scheinbares ist.

Karlsbad in Gefahr

Aber nicht wegen des Neuen Vorwärts

Mit der Behauptung, das Erscheinen des Neuen Vorwärts in Karlsbad gefährde die Interessen des Kurorts haben die Karlsbader Nazi seit Jahr und Tag ihre Agitation bestritten. Daran erinnert jetzt der Karlsbader „Volkswille“, und er schreibt dazu:

Nun ist aber der „Neue Vorwärts“ nach Paris verzogen. Er wird nicht mehr in Prag redigiert und nicht mehr in Karlsbad gedruckt, und die Karlsbader könnten demnach jetzt schon in Erwartung eines Glanzbesuches aus Deutschland frohlocken. Doch sie frohlocken nicht,

und sie haben auch durchaus keine Ursache dazu, auf rosarot gestimmt zu sein; denn inzwischen hat es sich herumgesprochen, dass Deutschland den ins Ausland reisenden Juden grosse Passschwierigkeiten zu machen gedenke, die bis zur Verweigerung der Ausreise, ja bis zur Abnahme des Passes gesteigert werden sollen, und — so klagen jetzt die Karlsbader — und sechzig bis siebzig vom Hundert aller reichsdeutschen Besucher Karlsbads sind doch Juden! Wenn die uns wegbleiben, das kann man jetzt in allen Strassen der Stadt hören, und wenn dazu auch noch die rumänischen Juden uns verloren gehen, dann werden wir heuer eine Krisensaison sondergleichen erleben!

Also nicht der „Neue Vorwärts“ hat an dem Rückgang Karlsbads schuld, sondern umgekehrt, sein Todfeind, der Antisemitismus.

Niveau

Jeder, der sich einmal ernstlich mit der grossen germanischen Renaissance unserer Zeit befasst, erlebt es schmerzlich, dass das Wissen von der Wertwelt der Germanen in weiten Kreisen noch recht ideologisch ist.“ (Buchkritik aus „Die Literatur“, Januar 38.)

Berichte aus Deutschland

Autobahnen-Sklaverei Zwangsverschickungen ohne Ende

Aus Sachsen wird uns berichtet: Aus der Gegend von Glauchau—Werdau—Zwickau waren bisher beinahe 1200 Arbeiter beim Bau der Autostrassen beschäftigt. Sie waren verteilt auf die Abschnitte Chemnitz-Merane, Jena-Gera und Weimar-Bayreuth. Nachdem diese nahen Strecken nunmehr fertiggestellt sind, sind die Arbeiter arbeitslos. Das können und dürfen sie nicht lange sein. Ein Teil von ihnen versuchte in der Metallindustrie unterzukommen. Dies ist leicht möglich, da dort immer noch Neuaufnahmen stattfinden und es sich hier um qualifizierte Kräfte handelt, die gerne schon längst wieder in ihrem Fachberuf gearbeitet hätten, wenn sie von dem Autostrassenbau losgekommen wären. Sie glaubten, nun wäre dazu eine passende Gelegenheit. Sie hatten sich abermals geirrt. Sie erhielten ein Verbot, sich in der Metallindustrie zu bewerben, da sie andersweit vermittelt würden.

Sie werden nun vermittelt zu den Autostrassenbauten nach Hannover, Pommern und Ostpreussen. Diese Massnahmen stossen auf starke Erbitterung, da sie eine Trennung von der Familie bedeuten. War es bisher möglich wenigstens monatlich ein bis zweimal nach Hause zu fahren, so fällt dies künftig vollständig weg. Es macht überhaupt den Eindruck, dass man einen Stamm von Autobahnarbeitern zusammenhalten will. Sie sind die modernen Sklavenkolonnen gleich jenen, über die auch der italienische Faschismus im eigenen Lande und in seinen Kolonien verfügt. Die meisten Autobahnarbeiter sind Leute, die vor 1933 den Nazi feindlich oder zu mindest indifferent gegenüber standen. Der Eindruck, dass man diese Menschen der strengen Kontrolle wegen, die hier möglich ist, zusammenhalten will, wird auch durch den Umstand verstärkt, dass verhältnismässig wenig Autobahnarbeiter zu den 8 Wochen-Übungen einberufen werden. Wenn es geschieht, sind es fast ausnahmslos die als Hitleranhänger Bekannten. Es wurde schon wiederholt den Arbeitern zum Ausdruck gebracht, dass die Kolonnen auch in einem Kriegsfall beisammen bleiben würden und von vornherein ihren Aufgabenbereich hätten.

Ein Anknüpfen gegen diese Zwangsverschickung ist aussichtslos. Die Arbeiter sind ihrer Freizügigkeit vollständig beraubt.

Sport und Totschlag

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Fortgesetzte Keilereien auf den Sportplätzen sind Zeichen wachsender Verrohung. Auf dem Sportplatz am Gesundbrunnen spielten kürzlich die „feudalen“ Vereine — Hertha gegen Borussia — Fussball. Dabei kam es zu Differenzen und der Schiedsrichter wurde schwer verdroschen. Polizei musste eingreifen und löste das Spiel auf. Die Zuschauer waren aber in zwei Parteien getrennt und setzten nun untereinander die Keilerei fort. 12 Personen blieben auf der Walstatt und mussten mit dem Krankenauto abtransportiert werden. — Am 31. Oktober hat es eine ebenso grosse Keilerei auf dem Sportplatz in Mariendorf gegeben. Hier „kämpfte“ die Mannschaft des Vereines Viktoria 89 gegen die Vereinsunion aus Oberschöneweide. Das Ende waren 5 Verletzte, die abtransportiert werden mussten. — Am 4. November spielte BSV 92 gegen einen Verein aus Nowawes. Hier gab es einen Toten und 8 Verletzte. — Einige Sonntage später hat auch Dresden seine grosse Sportplatzkeilerei gehabt. Die Reichssportbehörde schloss in allen Fällen die „Kämpfer“ nachträglich aus. Das ist aber so gut wie keine Strafe, da wegen Spielermangel die Leute in vier Wochen schon wieder verwendet werden.

Der gesicherte Unterhalt

Aushungerung von Pflegekindern

Die deutsche Presse legt folgendes Bekenntnis ab:

„Verschiedentlich sind in den letzten Jahren die Pflegegeldsätze von den Gemeinden gekürzt worden, um eine Verringerung der Kosten in der öffentlichen Fürsorge zu erreichen. Bisweilen wurde auch die Zahlung von Pflegegeldern ganz eingestellt. Diese Massnahmen stellen häufig den Pflegeeltern und auch den Pflegekindern gegenüber eine besondere Härte dar.

Da „in den letzten Jahren“ dieser Tatsache nie öffentlich Erwähnung getan wurde, muss neben der wachsenden Empörung noch ein anderer Grund vorliegen, um plötzlich die Wahrheit zu sagen. Und so ist es auch. Der Reichs- und Preussi-

Eisenbahner und Polizei

Man verhaftet, um Eifer zu zeigen

Man schreibt uns aus Deutschland:

Dass die Eisenbahner der strengsten Ueberwachung unterworfen werden, dafür gab es schon mehrfach Beweise. So wird aus dem Eisenbahnbereich Leipzig berichtet, dass dort ein regelrechtes Ausbeutersystem eingeführt worden ist. Jeder einzelne Mann muss an Dienstleistung jetzt ein gutes Drittel mehr vollbringen als in der Zeit vor 1933. Die Folge davon ist, dass sehr oft Unfälle vorkommen. Die meisten werden gar nicht bekannt gemacht, um nicht auf diese Zustände aufmerksam zu machen. Die Ueberlastung ist beim Fahrpersonal genau so wie bei dem Bahnhofsanlagenpersonal. Obwohl die Arbeit reibungslos erfolgt, gibt es fortgesetzt Beunruhigungen des Personals. Im letzten Jahresdrittel 1937 wurden die einzelnen Schichten überraschend scharfen Kontrollen unterzogen und bei einzelnen Personen Haussuchungen vorgenommen. Als Grund dieser Massnahmen wird angeführt, es wäre bekannt geworden, dass illegale Schriften und Zeitungen aus dem Ausland eingeführt worden sein sollen.

sche Innenminister hat einen Erlass herausgegeben, in dem er zwar nicht auf Einhaltung der vorgeschriebenen Pflegegeldsätze drängt, aber die Gemeinden auffordert, „bei der Betreuung von Pflegekindern in besonderer Masse darauf zu achten, dass die Aufnahme von Pflegekindern in eine Familie von den Pflegeeltern keine geschäftsmässige Behandlung erfährt“. Gerade darauf scheinen die Gemeinden allerdings streng geachtet zu haben. Oder gibt es eine stärkere Waffe gegen die Geschäftstüchtigkeit der Pflegeeltern als die Entziehung des ihnen zustehenden Kostgeldes? Der Minister mag selbst gefühlt haben, dass sein Erlass nicht den eigentlichen Misstand traf, deshalb bittet er zum Schluss schüchtern, „vor Kürzung oder Einstellung der Zahlung der Pflegegelder sorgfältig zu prüfen, ob dies nach Lage des Falles im Interesse des Kindes verantwortet werden kann“. — Da nationalsozialistische Staats- und Gemeindeglieder ihrer eigenen Aussage nach vor Verantwortung noch nie zurückgeschreckt sind, wird alles beim alten bleiben und die Aushungerung der Pflegekinder fortgesetzt werden.

Der Gesinnungsterror

Ein Arbeiter, der sich Anfang Dezember in Stuttgart über eine Luftschutzübung im Betriebe seine eigene Meinung zu sagen erlaubte, wurde auf der Stelle fristlos entlassen. Das Arbeitsgericht — oder richtiger, jene nationalsozialistische Parteinstanz, die fälschlicherweise diese Bezeichnung führt — hat diese fristlose Entlassung in einem Urteil ausdrücklich gebilligt!

Noch nicht genug gespitzelt!

Das braune System baut seine Spitzelmethode immer weiter aus. Die neue Reichsmeldeordnung vom 6. Januar 1938 enthält Vorschriften, die deutlich gegen die illegale Opposition gerichtet sind. Künftig werden auch Hausbesitzer und Hausverwalter für die Meldung von Untermietern verantwortlich gemacht.

Ueber weitere Bestimmungen teilt der Völkische Beobachter mit:

Eine andere wichtige Neuerung ist die Bestimmung, dass der Meldepflichtige künftig die An- oder Abmeldung persönlich bei der Meldebehörde abgeben muss. Der Meldepflichtige muss bei der Abgabe seiner Meldung sich über seine Person ausweisen, wodurch es unmöglich gemacht werden soll, dass sich in Zukunft jemand unter dem Namen eines Anderen oder überhaupt unter falschem Namen anmelden kann.

Eine Anzahl von Neubestimmungen dient der Erleichterung der polizeilichen Arbeit. Hier gab es im bisherigen Netz des Meldewesens manche Lücke, durch die Rechtsbrecher dem Zugriff der Exekutive entgehen konnten.

Die neue Reichsmeldeordnung vom 6. Januar 1938 verlangt deshalb von allen Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten eine sofortige, gegebenenfalls fernmündliche Meldung von Personen, die mit Schuss-, Stich- oder Hiebverletzungen oder in einem sonstigen, auf eine strafbare Handlung hindeutenden Zustand eingeliefert werden.

Eine sofortige Meldung hat weiter zu erfolgen, wenn die Umstände einer Aufnahme in das Krankenhaus erkennen lassen, dass die betreffenden Personen

die unter der Belegschaft zirkuliert hätten. Obwohl absolut dafür keinerlei Beweise erbracht oder gefunden wurden, sind doch in der Regel am Ende jeder Razzia einige Leute verhaftet worden, die nach einigen Tagen wieder frei kamen. Ein Teil der Belegschaft wandte sich wegen dieser Zustände an einen höheren Parteifunktionär. Dieser hörte sie an und sagte: „Ich glaube selbst auch nicht daran, dass in Euren Betrieben illegale Zellen sind. Es würde aber böse aussehen, wenn nicht

die Gestapo dauernd auf der Lauer

liegen würde. Es muss deshalb in Kauf genommen werden, dass solche Razzien durchgeführt und ab und zu auch einmal Unschuldige darunter leiden müssen.

Der Verdienst der Eisenbahner ist trotz Mehrleistung nicht höher geworden. Es wird in drei Schichten gearbeitet, aber nicht in ordnungsmässiger Ablösung nach acht Stunden. Jede Schicht muss 9 Stunden arbeiten. Dafür gehen die Eisenbahner mit 28 Mark Wochenlohn nach Hause. Dass die Arbeit auf der Bahn kein Kinderspiel

sich einer Strafverfolgung durch die Flucht entzogen haben.

Bis in die Krankenhäuser hinein verfolgt das System die Kämpfer für die Freiheit. Für den Polizeistaat sind die Aerzte in erster Linie Spitzel.

Der neue Schweinemord

Die letzte Schweinezählung vom 3. Dezember 1937 hat nach einer Mitteilung des Statistischen Staatsamtes einen Gesamtbestand von 23,83 Millionen Stück Schweinen ergeben. Am gleichen Tag des Jahres 1936 waren 25,86 Millionen Schweine gezählt worden, so dass sich eine Verminderung von 2,3 Millionen oder um mehr als 8 Proz. verzeichnen lässt. Besonders stark ist die Abnahme bei den Ferkeln. Von 5,21 Millionen ist ihre Zahl auf 4,12 Millionen gesunken, so dass die Abnahme 20,9 Prozent beträgt. Bei den trächtigen Sauen ist eine Verminderung von 1,20 Millionen auf 0,98 Millionen oder um 18,3 Prozent zu verzeichnen. Die Zahl der Jungsauen hat sogar um 31 Prozent abgenommen.

Der Reichsernährungsminister Darré hat vor einiger Zeit eine Broschüre über „Die Schuldigen am Schweinemord 1915“ geschrieben. Er täte gut, nach dem Schuldigen des Schweinemords unter seinem Agrar-Regime zu forschen.

Rechtlos gegen die D A F

Bekanntlich sind alle Massnahmen der Amtswalter der NSDAP sakrosankt und heiligtlichen Funktionen gleichzusetzen: Klagen gegen Amtswalter auf Rücknahme oder Unterlassung parteiamtlicher Massnahmen sind nicht zulässig. Das bedeutet, dass die Herren Amtswalter, wenn sie ihre Anordnungen als parteiamtliche Handlung bezeichnen, für den Arm der deutschen Gerichtsbarkeit unerreichbar sind. Der Pg. besitzt bei dieser Sachlage allenfalls noch die Möglichkeit, ein Parteigericht anzurufen, aber gewöhnlich hütet er sich, das zu tun, wenn es sich um eine autoritäre Persönlichkeit im braunen Lager handelt.

Bisher war es strittig, ob dieses Recht (oder besser diese Rechtlosigkeit) sich auch auf die Deutsche Arbeitsfront bezieht. Ein Amtsgericht hat das nunmehr ausdrücklich bestätigt und bekommt dafür das volle Lob der „Juristischen Wochenschrift“. Es sei, so liest man hier, doch selbstverständlich, dass jenes Hoheitsrecht der nationalsozialistischen Bewegung auch auf alle angeschlossenen Verbände „ausstrahle“. Massnahmen von Amtsträgern der Deutschen Arbeitsfront gelten als hoheitliche Massnahmen und seien daher niemals Gegenstand eines Rechtsstreites vor den ordentlichen Gerichten.

Die Bedeutung dieser Entscheidung für die deutschen Arbeiter und Angestellten ist evident. Sie haben, wenn ein noch so untergeordneter Amtswalter der Deutschen Arbeitsfront Anordnungen trifft, die schwere materielle Schädigung oder Brotlosmachung herbeiführen, jedes Klagerecht verloren. Sie können höchstens den Teufel beim Beelzebub verklagen: sich bei der nächsthöheren Instanz der Deutschen Arbeitsfront beschweren. Wenn sie es tun, so laufen sie Gefahr, wie es in ungezählten Fällen bereits geschehen ist, als Nörgler, Meckerer und staatsfeindliches Element angekreuzt zu werden.

ist, haben die „Alten Kämpfer“ schnell ergriffen. Im Sommer 1933 wurde fleissig ausgeräumt. Wer der SPD oder KPD angehört hatte, flog. Auch die Mitglieder des Eisenbahnerverbandes bekamen den Laufpass. Dafür wurden in diesem Amtsbereich 350 „Alte Kämpfer“ neu eingestellt. Und damit sie entsprechende Löhne bekamen, wurden ihnen widerrechtlicher Weise eine Reihe von Dienstjahren angerechnet, die sie garnicht geleistet hatten. Von diesen damals Neueingestellten sind nur noch einige Exemplare vorhanden. Nach und nach hat sich einer nach dem anderen um bessere Stellen umgesehen. Das Jahr 1936 brachte für sie eine gute Konjunktur bei der Polizei und bei den Gemeinden. Dort war die Arbeit entschieden leichter und lohnender. Die Eisenbahn besann sich wieder auf ihre alten guten Arbeiter mit der früher „marxistischen“ Gesinnung und stellte sie in gleichem Umfang wieder ein, in dem das nationale Element davon lief. Diese Tatsache bildet nun aber auch den Umstand der fortgesetzten Verdächtigung und den Anlass für die Kontrollen und Razzien.

Kein Nachwuchs!

Man will nicht mehr in die Grube

Das „Jugendamt der Deutschen Arbeitsfront“ — eine „Behörde“, die ganz sicherlich die schwere Menge bestbezahlter brauner Bonzenignoranten beschäftigt — stellt jetzt seine Existenz dadurch unter Beweis, dass es sich sehr aufgeregt wegen einer Sache zeigt, die schon längst für keinen Sachkenner mehr ein Geheimnis war: der deutsche Bergbau, insbesondere der Kohlenbergbau ist dadurch bedroht, dass es immer schwerer wird, für den entsprechenden Nachwuchs an Bergleuten zu sorgen! Also empfiehlt jenes „Jugendamt“ in einem Aufsatz seiner Zeitung „Das junge Deutschland“ (1937-10) so etwas wie „ausserordentliche Massnahmen“ dagegen, ohne recht zu sagen, worin sie nun eigentlich bestehen sollen. Da aber das „Jugendamt“ selbst ehrlich genug ist, sich zu den Gründen der beklagenswerten Erscheinung zu bekennen, so mag sich der Aussenstehende das leicht selbst beantworten. Diese Antwort müsste lauten: schleunigster Abbau der Diktatur und Rückkehr zum früheren „marxistischen“ System, weil sich die Lebensgefahren für die Arbeiter in den deutschen Bergwerken derart seit Hitler gesteigert haben, dass der Bergmannsberuf in Deutschland heute so gut wie völlig auszusterben droht!

Der Artikel gibt ganz positive Zahlen dieses katastrophalen Schwundprozesses zur allgemeinen Kenntnis. Betrug der Anteil der deutschen Jugendlichen im Bergbauberuf noch

im Jahre 1907 15 v. H. und im Jahre 1925 11 v. H.

der Gesamtzahl der aus der Schule Entlassenen und dem Berufsleben Zutretenden, so beträgt dieser Anteil jetzt

im Jahre 1935 nur noch 6,06 v. H.

und ist auch unter dieses letzte statistisch festgestellte Minimum in der allerjüngsten Zeit noch weiter an den Nullpunkt herangesunken. Warum? Nun, das „Jugendamt“ gibt selbst Auskunft:

„Der Ursprung der Abneigung der Jugend ist zunächst darin zu suchen, dass die Bergleute selbst ihren Söhnen von der Nachfolge in ihren Beruf abraten. Die Jugend weiss aus den Erfahrungen der Väter um die Gefahren für Leben und Gesundheit, die mit dem Bergmannsberuf verbunden sind. Die Jugend seht diese Gefahren zwar nicht, Mangel an Einsatzbereitschaft ist ihr nicht nachzusagen; sie übt jedoch mit Recht Zurückhaltung, da die Unfälle im Bergbau derart beträchtlich zugenommen haben!“

Bekanntlich bekam es die Hitlerei fertig, die Unfallziffern des deutschen Bergbaus — vor ihr auf kontinuierlich absteigender Entwicklungskurve — jäh auf das Doppelte der bis dahin festgestellten Frequenz zu steigern. Wie könnte es anders, auch sein in einem Lande, wo der in Jahrzehnten rechtschaffenen Lebens ergraute frühere Mentor der „Männer im Schacht“, unser Husemann, Vorsitzender des ehemaligen Deutschen Bergarbeiterverbandes, der Mordgier der SS noch im vierten Jahr des „Aufbruchs der Nation“ zum Opfer fiel?! Mit Husemann haben sie, wie es scheint, sich eben dran gemacht, auch den deutschen Bergbau als den wichtigsten Teil des deutschen Nationaleinkommens radikal zu „erledigen“.

Sozialismus und Gewalt

Ein Vortrag von Professor Carl Landauer

Die folgenden Ausführungen bilden den Schlussteil eines Vortrages, den der Professor für Volkswirtschaft an der Universität in Californien, Carl Landauer, vor einigen Wochen in englischer Sprache gehalten hat. Die Uebersetzung stammt von uns. Red. d. N. V.

Der Sozialismus hat nicht nur den Kampf gegen den Krieg verloren, sondern den Kampf für einen Frieden der Verständigung. Der Krieg wurde weitergeführt, bis eine Seite vollständig geschlagen war, und dann wurde den Völkern, die den Krieg verloren hatten, ein ungerechter und grausamer Frieden auferlegt. Aber diese zweite Niederlage, in die sich der Sozialismus mit der katholischen Kirche und dem Liberalismus Wilsons teilte, wurde zu einer Quelle der Kraft. Die Militaristen hatten die Sozialisten überwunden, aber die Folge davon war keineswegs, dass sich die Welt irgendwie besser fühlte. Internationale Verständigung schien notwendiger denn je, und die Sozialisten erkannten die grosse Aufgabe. Wie in der Vorkriegszeit wurden sie eine grosse Macht, die für den Frieden arbeitete. Die Tatsache, dass sie in dieser Periode, mehr als vor dem Kriege, die Unterstützung anderer Gruppen gewinnen konnten, ändert nichts an ihrer Bedeutung als europäischer Friedensbewegung. Weder Briands noch Stresemanns Politik wäre ohne die Unterstützung der Sozialisten möglich gewesen. Für Stresemann, der in seiner volkswirtschaftlichen Denkweise ein entschiedener Gegner des Sozialismus war, führte das zu einer persönlichen und politischen Tragödie. Wo immer ein Versuch unternommen wurde, den Völkerbund zu stärken, wie z. B. durch das Genfer Protokoll von 1924, oder den Frieden durch besondere Verträge zu sichern, wie zum Beispiel durch den Locarnopakt, da waren die Sozialisten entweder Urheber dieser Politik oder doch in ihren Heimatländern ihre stärksten Verteidiger.

Diese Arbeit für den Frieden wurde wesentlich erleichtert durch den Umstand, dass die Sozialisten der verschiedenen kriegführenden Länder sehr rasch nach Kriegsende ihre Verbindungen untereinander wieder herstellten. Wenige Monate nach dem Waffenstillstand begannen schon die vorbereitenden Konferenzen und im Sommer 1920 wurde in Genf ein allgemeiner Kongress der Internationale abgehalten. Gewiss, nicht alle Verstimmungen verschwanden schon mit dem Augenblick, in dem sich die deutschen Delegierten mit den englischen, französischen und belgischen zusammensetzten; längere Zeit hindurch hatten die Deutschen das Gefühl, dass die Sozialisten des Westens nicht aktiv genug seien bei dem Versuch, den Vertrag von Versailles abzuändern, und die Franzosen und die Belgier — im geringeren Grad auch die Engländer — hatten das Gefühl, dass die Deutschen in der Verurteilung der nicht zu rechtfertigenden Taten des kaiserlichen Regimes nicht eifrig genug seien; es ist auch wahr, dass im Westen, wo der Enthusiasmus, hervorgerufen durch den militärischen Sieg, die Massen völlig durchdrang, die seelische Kriegsstimmung noch die

Parteihänger beherrschte, während die Führer schon mit ihren deutschen Genossen freundschaftliche Gespräche führten. Aber die Wiederherstellung der Internationale unmittelbar nach dem Kriege bewies, dass in den Herzen der Sozialisten der Wille zur internationalen Solidarität durch die Kriegsstimmung nicht ertötet worden war, und das war eine Tatsache von fundamentaler Bedeutung und grossem praktischen Wert.

Wenn also auch kein Grund besteht, die Aufrichtigkeit und Tatkraft der Sozialisten bei ihrem Friedenswerk seit 1918 in Zweifel zu ziehen, so haben sie doch sicherlich einen grossen Irrtum begangen. Aber dieser Irrtum war nicht der ihre allein, er war der Irrtum der ganzen Friedensbewegung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, überschätzten alle die moralische Wirkung einer internationalen Friedensorganisation und unterschätzten die Notwendigkeit einschneidender Massnahmen gegen jeden möglichen Angreifer. Sie legten zu grosses Gewicht auf die Gefahr, dass Defensivbündnisse oder ebenso auch die Sanktionsbestimmungen des Völkerbundstatuts zu Angriffszwecken missbraucht werden könnten, zu geringes Gewicht aber auf die Gefahr, dass eine friedliche Nation oder der ganze Völkerbund einem offenen Angriffsakt hilflos gegenüber stehen könnte.

Historisch, und bis zu einem gewissen Grade auch theoretisch, ist der Sozialismus mit der Idee des Klassenkampfes verbunden. Steht diese Idee nicht im Widerspruch zum Frieden innerhalb der Nation, und kann sie nicht schliesslich auch den internationalen Frieden gefährden?

Wenn wir von „Frieden“ sprechen, meinen wir damit natürlich nicht die Abwesenheit von Kampf; sonst könnten wir besser sagen: „Tod“. Frieden in dem Sinne, in dem er mit Leben vereinbar ist, bedeutet nicht die Ausschaltung von Kampf, sondern seine Begrenzung; er bedeutet eine Ordnung, die zwar die Anwendung gewaltsamer Methoden ausschliesst, den Wettstreit einander widerstrebender Ideen und Interessen aber ermutigt. Jeder realistisch denkende Mensch muss sehen, dass es Interessenkonflikte zwischen den sozialen Gruppen gibt — ob man diese Gruppen als Klassen bezeichnet, ist im weiten Masse nur eine Geschmacksfrage. Der Kampf zwischen den sozialen Gruppen ist unvermeidlich; nicht ihn zu unterdrücken, sondern ihn in friedlichen Grenzen zu halten, ist möglich und notwendig. Die sozialistische Bewegung aller grossen Länder des Westens hat die Idee der Begrenzung des Klassenkampfes angenommen. Russland ist das einzige grosse Land, in dem diejenigen, die eine sozialistische Ordnung wollen, gewillt sind, bei ihrer Aufrüstung Gewalt und Unterdrückung anzuwenden.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass in der übrigen Welt der Sozialismus nicht zum Gegenstand eines Gewaltkampfes werden könnte. Es gibt keine menschliche Bestrebung, die nicht zur Ursache eines Bürger- oder eines Völkerkrieges werden könnte, der Sozialismus bildet da keine Ausnahme.

In einer demokratischen Gesellschaft hat ein jeder, der eine Aenderung wünscht, die Pflicht, nur mit dem Apparat des verfassungsmässigen Regierungssystems für diese Aenderung zu wirken, und keine Person oder Gruppe, mögen ihre Ziele auch noch so bedeutend und erstrebenswert sein, ist von dieser Pflicht ausgenommen. Aber wenn eine Gruppe den Gesetzen gehorcht, auf die eine friedliche Gesellschaft gegründet ist, dann hat sie auch das Recht, geschützt zu werden oder sich selber zu schützen. Wenn ihre Gegner sie mit Gewalt zu unterdrücken versuchen, dann ist sie berechtigt, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Wenn die Gegner des Sozialismus zu den Waffen greifen, um eine Diktatur aufzurichten, haben die Sozialisten ein Recht, für ihre Sache zu kämpfen und wenn sie Aussicht auf Erfolg haben, so ist es ihre Pflicht zu kämpfen und sich nicht zu ergeben.

Aber für den Sozialismus bedeutet schon die Notwendigkeit der Gewaltanwendung an sich eine teilweise Niederlage sogar auch dann, wenn die Gewalt nur zur Abwehr angewandt und erfolgreich ist. Gewalt steht im Gegensatz zu den Beweggründen der sozialistischen Bewegung und weder die angewandte Gewalt des Bürger- oder des Völkerkrieges noch die potentielle Gewalt einer standfest errichteten Diktatur bietet eine passende Umgebung für das Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, das der Sozialismus vollbringen will. Solange die Völker sich in einem einigermassen normalen Geisteszustand befinden, ist die Gefahr, dass der Erfolg des Sozialismus zu einem Bruch der nationalen oder internationalen Friedensordnung führt, glücklicherweise klein; diejenigen sowohl, die in ihrer bevorzugten sozialen Stellung jedem Wechsel mit Gewalt Widerstand leisten wollen, als auch jene anderen, die die Entwicklung mit Gewalt beschleunigen wollen, isolieren sich von der Masse der Nation, weil schliesslich das Volk als Ganzes, obwohl durch Verschiedenheiten der Meinungen und der Interessen in sich geteilt, in seiner Wertschätzung des Friedens einig ist. Diese einfache Tatsache ist der Grund dafür, dass Faschisten und Kommunisten gleichermassen enttäuscht worden sind in ihrer Erwartung eines Zusammenbruchs der Demokratie in den westlichen Ländern, wie eines Krieges zwischen den „Bourgeoisdemokratien“ und der proletarischen Sowjetrepublik.

Der Fall liegt jedoch ganz anders, wenn eine Nation ihr natürliches seelisches Gleichgewicht verliert und wenn infolgedessen die Abscheu vor der Gewalt, gegen Hass und Ungestüm, kein ausreichendes Gegengewicht mehr bietet. Bei einem so abnormen Geisteszustand werden die Motive der Feindseligkeit noch gestärkt durch den mystischen Glauben an das Heil der starken Faust, der so leicht aus Verzweiflung und zerstörtem Selbstvertrauen emporwächst. Das ist es, was sich in den faschistischen Ländern ereignet hat. Diejenigen, die den Faschismus einfach als ein Ergebnis des Klassenkampfes erklären, machen damit Halt an einem Punkte, an dem

der interessanteste Teil der Erklärung erst beginnt. Gewiss, der Klassengegensatz steht in einem nahen Verhältnis zum Ursprung des Faschismus und der aus ihm entspringenden Unterdrückung und Kriegsgefahr. Aber das Bestehen von Klassengegensätzen ist ein durchaus normaler Zustand. Was abnorm ist, ist nur die Schwäche der integrierenden Elemente in der nationalen und internationalen Gemeinschaft, die Schwäche des natürlichen Gefühls, das normalerweise dem Durchschnittsmenschen sagt, dass ein Sieg selten einen Krieg lohnt, und dass Akte der Brutalität mehr Schaden anrichten, als selbst im Falle eines grossen Erfolges wieder gutgemacht werden kann. Weil dieses Gefühl in einigen Nationen schwach geworden ist, besteht der Faschismus und droht mit Zerstörung.

Was können wir nun angesichts dieser Tatsachen tun? Manche Leute scheinen zu glauben, man dürfe niemals etwas in Bewegung bringen, was zu innerem Streit und schliesslich zum Krieg führen kann. Sicherlich, wenn wir keine sozialistische Bewegung hätten, so hätten wir eine Ursache der Friedensgefährdung weniger.

Wir sollen uns aufs Aeusserste bemühen, zu ganz klaren Gedanken über diese lebenswichtige Frage zu kommen. Es mag schon stimmen, dass keine einzelne Reform, mag sie von Sozialisten oder Nichtsozialisten vorgeschlagen sein, die Zerstörung wert ist, die durch Gewalt hervorgerufen wird. Sollen wir deshalb die Reformer zum Schweigen bringen oder selber nicht mehr an Reformen denken? Niemand hat offen ein solches Verhalten vorgeschlagen, aber Reden und Taten zahlreicher Leute offenbaren ihre Ansicht: wir sollten, wenn wir den Frieden nur dadurch erhalten können, dass wir die gesellschaftlichen Verhältnisse genau so lassen, wie sie sind, auch diese Bedingung annehmen.

Dies aber ist Preis, den wir nicht bezahlen können, auch nicht für den Frieden. Wir wollen uns stets dessen bewusst bleiben, dass gewaltsame Angriffshandlungen durch kein Ziel, so wichtig es auch sei, gerechtfertigt werden können, und dass auch in der Verteidigung die Gewalt so zerstörend wirkt, dass auch grosse Opfer im Tempo des Fortschritts gerechtfertigt und notwendig sind, wenn sie der Sache des Friedens dienen. Keines Menschen Lieblingsideen, auch wenn sie an sich vortrefflich sind, lohnen den Kampf. Aber ein Ding lohnt den Kampf: nämlich die Erhaltung der Möglichkeit einer Aenderung, die Existenz einer sozialen Maschinerie, mit deren Hilfe man gesetzliche Einrichtungen berichtigen kann, um die Verhältnisse zu ändern. Der Frieden ist eben auch nur ein Mittel, das Leben zu erhalten, das Leben aber ist Veränderung. Wer immer versucht, den Mechanismus der Aenderung zu zerstören, der stellt sich ausserhalb des Gesetzes. Wir können wohl versuchen, durch Ueberredung sein Verhalten zu ändern. Doch wenn das nicht gelingt, so müssen wir ihn als ausserhalb des Gesetzes stehend behandeln. Die Existenz einer Einrichtung, die friedliche Aenderung ermög-

Der Geist und die Tyrannei

Die literarische Strecke von fünf Jahren

licht, ist eines der wenigen Dinge, die in der Tat jedes Opfer wert sind, und jeder Versuch, ohne eine solche Einrichtung zur Abänderung der sozialen Verhältnisse den Frieden zu erhalten, wird unvermeidlicherweise vergeblich bleiben.

1918-1938

Man ist schnell mit einer Kritik bei der Hand, wenn einmal nicht genügend Butter zur Verfügung steht. *Die sächsische Bevölkerung ist zu viel Weisbrot und Butter.* Das sind Tatsachen. („Dresdner Anzeiger“ Nr. 349)

„Die Forderung der Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Erzeugung verlangt natürlich willige Mitwirkung und damit auch gewisse Einschränkung eines jeden.“

Das für den Körperaufbau nötige Fett stellt sich dieser bis zu einem gewissen Grade selbst her, und zwar mit Hilfe der Leber. Aus den in der Nahrung eingenommenen Kohlehydraten, namentlich aus Zucker, wird genügend Fett für die Depots im Körper erzeugt. Wer also sparsam wirtschaften will, verbrauche die ihm zugeordneten Fettmengen zum Kochen und Backen. Als Brotaufstrich wähle man zwecks Umsetzung zu Fett im Körper zuckerhaltige Fruchtmarmeladen, Bienen- und Kunstthönig.“ („Der Westen“, Berlin, Nr. 8.)

„Die Rachitis wird in deutscher Sprache die englische Krankheit genannt. Sie ist eine Stoffwechsel- und Wachstumskrankheit. *Heringe sollen übrigens die englische Krankheit verhindern.* („Preussische Zeitung“ Nr. 8.)

Eintopfschiessen

Der Standort Marienburg veranstaltet am Sonntag sein zweites öffentliches Eintopfessen. Dabei wird der Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden, gegen geringes Entgelt für das WHW eine Kaserne zu besichtigen und womöglich mit einem *Leichtmaschinengewehr und richtigen Platzpatronen zu schliessen.* (Meldung in der ostpreussischen Presse)

Überstunden

In der „Preussischen Zeitung“ Nr. 7 lesen wir:

„Bei der Ziegelei Lenzen im Kreise Elbing ist es dem Ortsgruppenleiter, der gleichzeitig der Nebenstellenleiter des Elbinger Arbeitsamtes ist, gelungen nach und zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft ein so *vertrauensvolles Verhältnis herbeizuführen*, dass die Jahreserzeugung von Ziegelsteinen von *früher drei auf jetzt fünf Millionen Stück* gestiegen ist. Und zwar ohne eine Erweiterung der technischen Anlagen, sondern nur, weil sich die *Arbeitsfreudigkeit* der Gefolgschaft auf Grund dieses guten Verhältnisses so sehr steigerte.“

Blumenreicher ist unbezahlte Mehrarbeit selten besungen worden.

Die Stimme der Verlockung

Maurice Bedel : Monsieur Hitler

„Ich kenne Franzosen, die nach Deutschland kommen, um dort Gründe zu finden, Frankreich weniger zu lieben. Sie sind Verräter, und sie wissen es nicht. Sie verschlingen mit den Augen die Männer, die in Reih und Glied vorüber marschieren, sie erblicken vor Erregung angesichts jener Wälder von Standarten, die auf den Festwiesen gen Himmel wachsen. „Mein Gott“, sagen sie, „sollte man das für möglich halten!“ Sie schreiben, dass mit den Truppen dieses Herrn Hitler Gottes Wirken auf Erden erneut beginnt. Und im Gesicht Hitlers messen sie die Entfernung vom Nasenloch bis zum Ohr, um zu entdecken, wie löwenähnlich dieses Antlitz ist, sie finden an den Schläfen das Kennzeichen eines hochgesinnten Idealismus und in der Gegend der Nase eine sehr bemerkenswerte Intensität der Intuition.“

Was mich betrifft, der ich sehr aufmerksam das Ohr, die Nase, die Schläfe und das Kinn des Herren Hitler betrachtet habe, ich habe da nichts entdeckt als *Mittelmässigkeit und Banalität* in einem Grade, der selten erreicht wird.“

Wir lesen diese Sätze in einer Broschüre von Maurice Bedel: „Monsieur Hitler.“ Soweit die Stimme der Vernunft. An anderer Stelle, in der gleichen Schrift, finden wir:

„Heimgekehrt (nach dem Besuch des Nürnberger Parteitag) in meinen Garten in Poitou, zurückgegeben den Reizen der alten Erde, die mein Fess berührt, fühlte

Die Schmöcke des Dritten Reiches stimmen die Leier, um die Leistungen der verflorenen fünf Jahre zu besingen. Da die innere Politik höchstens mit gefüllten Kerkern statt mit gefüllten Schüsseln aufwarten kann, stürzt man sich auf die arme geschändete Kultur und bekleidet sie mit gefärbter Holzwole, um sie dem Volke als neuerstandene Göttin Deutschlands vorzuführen. Noch kein Regime hat soviel von Rettung der Kultur, Erneuerung der Kultur und Reinigung der Musen geredet wie das braune.“

Die Lyrik

Bleiben wir bei den Musen der *schönen Literatur*, ziehen wir ein Fazit. Was diese Literatur in den Sumpf drückt, was ihr das Kainsmal aufbrennt, ist der Mangel an Freiheit, die ständig drohende Knute des Zwangsstaates und seine Forderung, eine Weltanschauung zu gestalten, die aus allen möglichen Rudimenten zu einem ungenießbaren Brei zusammengebraut wurde. Daran musste schon die *Lyrik* scheitern. Sie ist, wie alle Kunst in Deutschland, im Formalen epigonisch, herkömmlich durch und durch. Sofern sie neue Inhalte aus der nationalsozialistischen Phraseologie bezog, entstand eine läppische Fahndichtung und Führervergötzung, gegen die sich sehr bald selbst einige Naziblätter kehrten, weil der Rummel die braunen Symbole zu rasch banalisierte. Diese Fahnen-, Spaten- und Marschlyrik reimender brauner Chargen musste von der Presse als neue Dichtung ausgegeben werden, weil sonst niemand die Preise begriffen hätte, die die *Annacker, Böhme, Schumann, Baldur von Schirach* usw. einheimsten. Der braune *Börjes von Münchhausen*, ein unverdächtiger Kronzeuge, wandte sich im Februar 1936 in Fechtlers „Deutsche Zukunft“ gegen die Rekordziffer der neudeutschen Dichterkrönung, die er auf siebzig (70) bezifferte, — „aber gerade die besten Namen fehlten...“ Im März 1937 stellte derselbe braune Barde betäubt fest, wie gering die Ausbeute auf lyrischem Gebiet sei. Von vierzig, die in Echtermeyers Anthologie aufgenommen wurden, habe er vorher nicht einmal die Namen gehört. Die Nazipresse gab schliesslich zu, „dass unsere heutige deutsche Lyrik gesungen und marschiert sein will, um ins Blut und ins Gedächtnis zu gehen...“ Kurz, eine Lyrik, die primitiv ist, wie der Soldatenstiefel, dessen Gesetzen sie entspricht. Der reimende Sturmführer sitzt in der Jury und bestimmt, was Dichtung ist.

Jene Poesie, die im Tiefsten anrührt und aus der Stille geboren wird, gilt für die neue Jugend nicht. Feineres kam nur aus der Feder von Dichtern, die als Opposition gelten können, oder die ihr Bestes vor dem Dritten Reich schufen und deren Schaffen jenseits von Barbarismus verläuft. Zu ihnen gehören *Wiechert, Bröger, Ina Seidel, Agnes Miegel*. Talente gar, die neue Inhalte in neue Formen gossen, wie die Stürmer wilhelminischer Zeit (*Liliencron, Dehmel, Arno Holz, Erich Mühsam*) sind im Dritten Reich undenkbar. Selbst Hitler und Göbbels mussten auf den „Kulturtagungen“ von 1937 die Pleite eingestehen und auf die Zukunft verträsten. Nach 18 Jahren nationalsozialistischer Bewegung und fünf Jahren Hitlerdiktatur.

Der Roman

Mit dem deutschen *Roman* steht es noch schlechter. Die Lyrik kommt zur Not ohne soziale Bildhaftigkeit aus, der Roman nicht. Seine Merkmale sind Milieuzzeichnung, Charakterentwicklung, Auseinandersetzung mit der Umwelt. Seine vornehmste Aufgabe, seine Hochleistung bleibt der Querschnitt durch die Gesellschaft. Seit 1933 gibt es diesen Gesellschaftsroman drüben nicht mehr; denn jede realistische Schilderung Despotiens müsste, sofern dem Autor nichts Schlimmeres passierte, ein Opfer der Zensur werden. Daher flüchtet der deutsche Roman seit fünf Jahren in ausländisches Milieu, in die Vergangenheit, in die Vorzeit, oder begnügt sich mit kleinen ungefährlichen Ausschnitten. Sofern er nach neuen Inhalten trachtet, dreht er sich um eine nebelhafte Volksgemeinschaft, um Blut und Boden und Rassebewusstsein mit Blick gen Norden. Aber der Blutoroman hängt dem deutschen Leser ebenso zum Halse heraus wie die antibolschewistische Tendenzschreiberei. Und die Volksgemeinschaftsgeschichte, in der Vorder- und Hinterhaus einander schliesslich in die Arme sinken, ist ein Rückfall in jene kitschige Gartenlauben-Literatur, die ehemals höchstens in konservativen Provinzblättern möglich war.

Die Armut und Monotonie der neudeutschen Belletristik ist so erschreckend, dass Gleichgeschaltete gelegentlich ihrem Herzen Luft machten. Zwei solcher Aufschreie zitierte die DAZ vom 21. Oktober 1936. Ähnlich klagte die Zeitschrift „Die Neue Linie“ im Märzheft 1937 über die jämmerlichen Ergebnisse eines Preisausschreibens für Erzählungen. Das Blatt konstatierte vor al-

lem Erlebnisschwäche, mangelnde Sprachzucht, fortschreitende Einschränkung der Erlebnisbreite auch bei *begabten* jungen Autoren und „eine heroische Ethik, abgetrennt von allen Gesetzen wahrhaften Lebens...“

Die gleiche Verzweiflung sprach aus einer Zuschrift, die der Lektor eines grossen Berliner Verlags an die DAZ richtete (abgedruckt am 13. 4. 37). Er beklagte an der neudeutschen Belletristik die „Uniformität in der Erfindung“ und die völlige Ignorierung des Milieus von Grossstadt, Handel und Industrie. Der „Mangel an Verständnis für die Realität führt heute oft zu einer erschreckenden Verwilderung in der formalen Durchgestaltung der Romane...“ Das Wort sei entwertet und zur tönenden Phrase entartet. Keiner dieser Betrachter durfte die Gründe dieses Verfalls angeben. Keiner auch konnte wagen, mit Namen und Werken aufzuwarten. Weiss er, ob der von ihm kritisierte Mist nicht schon zur selben Stunde von der Zensur mit dem Vermerk „staatspolitisch wertvoll“ gekrönt wird? Und so stürzt sich der deutsche Qualitätsleser auf ausländische Uebersetzungen und Bücher von ehemals, in denen der Autor noch sagen durfte, wie er die Welt sieht. Buchhändler und Presse konstatierten drüben mehrfach, dass alte Literatur ständig wachsenden Absatz finde, ebenso jene Erinnerungsliteratur, in denen der Autor von seiner Jugend, von früheren Zeiten erzählt. Hier atmet der Leser die Luft jüngster Vergangenheit, hier wird er vom Atem der Wahrheit und Freiheit gestreift. Hier ist er Mensch, hier darf er es sein. Demokratische Vergangenheit wird zur romantischen, lockenden Vergangenheit. Das Deutschland von heute aber, das geknebelte Deutschland — es lebt nur in den *Büchern der Emigration*.

Das Drama

Abkehr von der Wirklichkeit ist das Signum der deutschen Dichtung im Roman, im Film, wie im Drama. So leer und zeitschwach ist die *dramatische Produktion*, dass seit 1933 nicht ein Stück den Weg ins fremdsprachige Ausland gefunden hat. Dafür protzen die Festredner der Reichskulturkammer gern mit den *Besuchersziffern* der Theater. Wenn die Angaben wahr wären, was würden sie beweisen? Es gibt zwei braune Besucherorganisationen, die ihre Mitglieder mit Zwang in bestimmte Vorstellungen dirigieren. Die Karten müssen von den Theatern an diese Organi-

ich mich beunruhigt durch den Ausdruck von Missvergnügen und Unbehagen, den ich an meinen Feldnachbarn beobachtete, an den Freunden in der nahen Stadt, obwohl diese doch einem Volk angehören, das seit langem Herr seines Geschickes ist, und obwohl jeder von ihnen in sich selbst das Gesetz seines Handelns suchen darf.

Ich besuchte die Winzer bei der Weinlese, ich setzte mich im Gasthaus zu den Trinkern, in deren Gläsern ein Wein glänzte, dessen Güte Babelais gepriesen hat, ich begrüßte den Pfarrer in seiner Pfarrei, den Lehrer in seiner Schule, die leer war zur Zeit der Ferien, ich unterhielt mich mit dem Briefträger, dem Bahnwärter, dem Milcheinkäufer, — das waren alles freie Männer, anständig ernährt mit Fleisch von guter Qualität, bekleidet mit Tuch aus reiner Wolle, alle durchdrungen von dem menschlichen Wert, den ihnen das Wahlrecht gibt, das Recht auf Kritik, auf Diskussion, ja selbst das Recht zu zerstören. Sie schienen mir nicht froh.

Wie, musste ich mir sagen, sie besitzen, sie allein in Europa, mit den Engländern und einigen wenigen kleinen Völkern, das Gut, das man für das grösste unter allen halten kann, die Freiheit, und sie machen ein missmutiges Gesicht, sie sind ohne Munterkeit, ohne Verve, ohne Schwung.

Und ich erinnerte mich an das begeisterte Deutschland, das sich in Nürnberg zusammengefunden hatte. Diese Pommern, diese Sachsen, diese Württemberger, diese Bayern, diese Badenser und diese Hannoveraner, sie schienen mir ausserordentlich froh. Das waren entspannte Gesichter, rosige Wangen, Stirnen ohne Falten. Ich habe in Frankreich nicht während eines Jahres so lachen hören wie in diesen acht Tagen in Nürnberg.“

Das freilich, solche Sätze, die ebenfalls bei Maurice Bedel zu lesen sind, das ist nun nicht mehr die Stimme der Vernunft, — das ist die Stimme der Verlockung. Der Autor, der Hitler — letzten Endes — ablehnt, hilft für ihn werben, im gleichen Atemzug, in derselben Broschüre, ein wunderliches Phänomen. Ein Mann, der von den jungen Söhnen des eigenen Landes rühmt, wie sie in Freiheit unter Verantwortung zu handeln wüssten — im Kriege etwa — freut sich in Nürnberg mit heiterer Gelassenheit an den malerischen Gebärden der Unfreiheit. Da haben wir den Nationalisten. „Für diese Deutschen mag das ganz gut sein...“ wie oft hört man so etwas aus fremdem Munde.

Für Zeiten der Kriegsgefahr wird der alte Aberglauben mobil gemacht, dass jenseits der Grenzen Menschen wohnen, die völlig anders ausschauen, völlig andere Bedürfnisse haben. Sie essen zwar nicht alle und nicht jeden Tag Sauerkraut, das glaubt heute niemand mehr, aber es ist ihnen eine Lust, wie Automaten zu gehorchen, und die Zwangsarbeit unter bewaffneter Aufsicht halten sie für ein Tanzfest. Für uns allerdings ist es fast unerträglich zu denken, wie durch das schweigende und tragische Leiden von 60 Millionen Menschen diesem Irrglauben in der Welt Vorschub geleistet wird. Wir möchten Männer wie Maurice Bedel bitten, ein weniger anmutiges Bild von jenem Nachbarlande zu entwerfen, in dem das Leben, wie wir ihm versichern können, nicht heiter ist, und wir möchten ihn das um so mehr bitten, als wir seiner ironischen Darstellung dort, wo sie Hohlheit entlarvt und mit Grazie Anmassung nennt, nicht ohne Interesse folgen.

M. F.

« Schulze, du lebst! »

Oder der Umbruch im Wöchnerinnenheim

Ein SA-Mann hat ein Stück geschrieben, SA-Männer spielen es, und die SA-Presse rühmt es. Es heisst „Rabauken“. Im besten SA-Stil geben die „Bremer Nachrichten“ seinen Inhalt wieder:

Die fesselnde, bisweilen erschütternde Handlung führt uns zunächst hinaus in eine Laubenkolonie. Dort erleben wir das erste gegnerische Zusammentreffen zweier alter Frontkameraden, des von den Roten verhetzten Thormann und des SA-Sturmführers Leithöfer. Die ganze Bitternis und die ganze Kraft des Kampfes erstet vor uns auf, zeigt zugleich aber auch den unerbittlichen Glauben der SA-Kameraden an den Sieg. Wie der Strassenmusikant Schulze und schliesslich — nach langem Ringen und Suchen — auch Thormann für die Bewegung Adolf Hitlers eintreten, wie nach Korruption und Schändlichkeit marxistischer und der Schwäche bürgerlicher Parteigänger der im Schützen-graben des Grossen Krieges, wie im Kampf der SA festgelegte und erwachte Glaube den Sieg erringt, *darf in groben Umrissen als der „rote Faden“*, des verarbeiteten Stoffes angesprochen werden.

Um dem Leser von dem angesprochenen roten Faden wenigstens eine schwache Vorstellung zu verschaffen, sei folgender Dialog zwischen dem edlen Sturmführer Leithöfer und dem bekehrten, weil glücklicher Weise noch nicht ganz verdorbenen, Kommunisten Thormann wiedergegeben:

Leithöfer: (Zu Thormann) Also Fritz: Meine Sache hast du wunderbar in Ordnung gebracht. Die schätzbaren Ver-

sationen zu so niedrigen Preisen abgeben werden, dass auf solcher Basis keine Bühne aus eigenen Kräften existieren kann. Alle sind sie auf die Zuschüsse und das Wohlwollen des Zwangstaates angewiesen. Es hat die freien Bühnen zerschlagen, finanziell ruiniert und dann unter Kuratel gestellt. Die Unterbilanz zahlt also der Steuerzahler, also derselbe Untertan, dem der „billige Kunstgenuss“ von Kraft durch Freude als Geschenk des braunen Systems serviert wird.

Und wie sieht dieser Kunstgenuss aus? Das Drama ist seit je die männlichste Form der Dichtung. Es lebt von explosiver Handlung, Kampf, „Dynamik“. Gäbe es eine eigene revolutionäre Gedankenwelt des Nationalsozialismus — im Drama hätte sie sich offenbaren müssen. Heute, nach fünfjähriger Diktatur, gesteht auch Göbbels, dass man noch warten müsse, dass auch dem Drama die Distanz zum „grossen neuen Geschehen“ fehle. In Wirklichkeit fehlt der Genius, die Freiheit, der grosse Rausch, der den Dichter empor trägt. Wenn ein brauner Dramatiker den nationalsozialistischen Umbruch so auf die Bretter stellen wollte, dass das Stück packte und überzeugte, so müsste auch der Gegenspieler zu sehen und zu hören sein, müsste Argument gegen Argument kämpfen, müsste der Gegner lebensecht auf den Beinen stehen. Wer im Reich der Lüge kann das wagen, ohne stranguliert zu werden? Nicht die Distanz fehlt, sondern der Mut zu einem Minimum von Wahrheit.

Und so verlief denn die Entwicklung im Theater ebenso wie in der Lyrik, wie im Roman, wie im Film: erst Fahnenrummel und antibolschewistische Tendenzmache, dann Flucht ins Historische und in fremde Zonen. Im März 1937 konstatierte die DAZ: „Lustspiele beherrschen den Spielplan. Das Schauspiel (und Drama) bevorzugte fast ausnahmslos historische Stoffe“. Ein sehr „hoher Prozentsatz aller Autoren arbeiten auf konjunkturähnliche Erfolgsmöglichkeiten hin...“ Die Münchener Neueste Nachrichten stellten nach der Spielzeit 1936-37 fest, die Berliner Bühnen seien in dieser Saison reich gewesen „an ausgezeichneten Vorstellungen, aber arm an Aufführungen junger und neuer Werke...“ Man behalt sich mit Klassikern und holte alte Schwänke aus der Mottenkiste. Die Münchener Zeitschrift „Das Innere Reich“ schrieb im Sommer 1937: „In der Tat, das Ergebnis der dramatischen Ernte ist in diesem Jahre besonders gering. Ich sah oder las kein Stück, — und es gingen mir Tausende von Manuskripten durch die Hände — das ich mit Leidenschaft völlig bejahen oder wenigstens mit Eifer hassen könnte...“

Nicht ein Autor zeigte sich in fünf Jahren, der sich an literarischer Bedeutung neben den erfolgreichen Drama-

likern der verruchten Demokratie hätte sehen lassen können. Literarisch von einigem Wert sind höchstens *Bethges* „Marsch der Veteranen“ (spielt im alten Russland) und einige historische Stücke von *Möller*, *Sigmund Graff*, *Bockmeister* und *Langenbeck*. Keiner von ihnen aber trat mit einem Gegenwartsstück hervor. Serienerfolge waren nur einigen schwankartigen Gebilden beschieden. Anstelle des herkömmlichen Rekrutenschwanks trat eine andere Soldatenblödelei: der Frontschwank. Verniedlichung des Weltkriegs durch Etappen-spas.

Die Korrespondenz der Bühnenverleger klagte über steigenden Mangel an Gesellschaftsstücken. Wer aber soll sich daran wagen, die braunen Neureichs und die neue Flüstergesellschaft auf die Bühne zu bringen? *Das deutsche Gesellschaftsstück ist tot*. Sofern moderne Gesellschaftsbilder auf den Brettern auftauchen, spielte die Handlung im Ausland und spiegelte auch dies tendenziös verzerrt wieder. Kommen stärkere Klassiker-Aufführungen heraus, so sind es immer Anlehnungen an frühere Vorbilder, oft auch Nachahmungen expressionistischer Experimente. Jene Schichten, auf die einst erste Kunst und kühne Versuche rechnen konnten, lehnen die braune Uniformität ab und sehnen sich nach dem lebendigen bunten Zeittheater von ehemals.

Die Zensur

Die Ursachen dieses geistigen Verfalls suchen Göbbels Lakaien hartnäckig hinweg zu leugnen. Sie lügen: „Es gibt keine Zensur im Dritten Reich!“ Denn kein Autor brauche sein Werk vor Drucklegung einer staatlichen Instanz zu unterbreiten. Richtig, in der „besten Demokratie“ erfolgt die Strangulierung erst, wenn die Druckkosten bezahlt sind. Der Autor steht einem *Zensur-Dschungel* gegenüber, hat ein paar Dutzend Metterniche über sich und wird von fünf Zensurstellen aufs Korn genommen. Da gibt es:

den *Reichsdramaturgen der Reichstheaterkammer*, der (laut Handbuch der Reichskulturkammer) die Produktion der Autoren und Komponisten „in Verbindung mit einem grossen Lektorenstab“ überwacht;

die *Reichsschrifttumskammer*; prüft Bücher, empfiehlt oder verbietet sie;

die *Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums*, Rosenbergs Domäne, mit der Reichsschrifttumskammer zusammen arbeitend, Gutachten verfertigend, die den Verlegern zugestellt und in der Monatschrift „Bücherkunde“ veröffentlicht werden;

die „*Parteiämtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums*“, die Zensurstelle der NSDAP; arbeitet neuerdings in einem „Arbeitskreis“ mit dem Propagandaministerium zusammen; der *Börsenverein Deutscher Buch-*

händler, dessen Präsident ebenfalls als Gutachter fungiert und dessen Zeitschrift „Buch und Volk“ über Wohl und Wehe eines Buches mitentscheidet.

Dazu kommt das SS-Wochenblatt, das führende Organ der Gralswächter und Denunzianten; sie bemühen sich, Schwächen aufzuspüren, die den Augen der anderen Gutachter entgingen.

Dieser vielfältige Gutachter- und Zensurbetrieb verschlingt nicht nur beträchtliche Summen, sondern bringt manchen Autor an den Rand des Verfolgungswahns. Die Kritik ist verboten, der totale Staat hat sie in die Hände beamteter Kunstwächter gelegt. Wie ehemals die Despotie von Gottesgnaden, so schwingt sich der totale Staat zum Mäcen, Kritiker und Büttel der Kunst auf. Dafür fordert er, als „beste Demokratie“ besungen zu werden. Mit Zuckerbrot und Peitsche korrumpiert er die Kunst. Das gibt ein Schütteln des Kopfes selbst unter den Anhängern des Systems. Die Besseren unter den ehemaligen literarischen Fahnenträgern der völkischen Bewegung distanzieren sich vom Dilettantismus und Dekretinismus des braunen Systems. Die Brüder *Jünger*, *Ernst von Salomon*, *Kolbenheyer*, *Ernst Wiechert* — um nur einige namhafte Mystiker und Romantiker des neudeutschen Nationalismus zu nennen — rechnen sich heute zu konservativen Opposition. Etliche völkische Barden fielen in Ungnade, weil sie dieser oder jener Clique nicht gefielen. Die Gegenrevolution frisst ihre eignen Kinder. In historischer oder exotischer Gewandung, zwischen den Zeilen der deutschen Feuilletons geistert der getarnte Kampf um Marquis Posas Forderung, um Freiheit, Recht und Menschlichkeit.

Wieder einmal erleben wir den *unterirdisch-literarischen Kampf* zwischen Geist und Tyrannei, zwischen Freiheit und Despotismus. In der Geschichte hat dieser Kampf noch immer mit dem Bankrott der Tyrannei geendet. Der „totale Staat“ wird keine Ausnahmestellen, mag er sein Gesicht auch noch so raffiniert tarnen. Der Zwangsstaat kann Künstler und Literaten korrumpieren, aber für die Besseren unter ihnen wird es umso unerträglicher werden, je tiefer die deutsche Kunst sinkt. Der Geist und die Muse werden nach urewigem Gesetz um ihre Freiheit kämpfen müssen, denn es geht für sie um Leben und Tod, nämlich um die elementarsten geistigen Voraussetzungen alles künstlerischen Schaffens. Schon heute darf man sagen, dass in Deutschland auf den Gebieten von Kunst und Wissenschaft das Totalitätsprinzip erschüttert ist. An den wirren Diskussionen über „Volkskunst oder Persönlichkeitskunst“ ist zu erkennen, wie sehr die Primitivität der neudeutschen Museen jenes Deutschland erschreckt, das sich selbständiges Denken wenigstens im stillen Kämmerlein noch gestattet. In diesen Tagen jedoch wird

in Festartikeln eifelsgelmäss zu lesen sein, kein Staat habe für die Kunst je soviel getan wie dieser. Ein Kurpfuscher kuriert einen kräftigen Menschen zusehends und prahlt dann, nie habe sich einer um den Kranken mehr bemüht. So steht es mit der deutschen Wirtschaft, so mit der deutschen Kunst und Literatur — nach fünf Jahren uningeschränkter Naziherrschaft.

B. Br.

Nationalökonomie

Im Hintergrund der Wüstenjude

Der „NS-Rechtsspiegel“, das Organ des Reichs-Rechtsamtes der NSDAP, wirft den Juden vor, dass sie die Erfinder der sogenannten „abstrakten“ Schuldverpflichtungen seien. des Wechsels, des Inhabers- und Wertpapiers:

„Das Wertpapier ist *letzten Endes* nur das Produkt der Rechts- und Wirtschaftsauffassung eines im Grunde heimatlosen Nomaden- und Wüstenvolkes. Es gestattet ihm, den Grundbesitz, ja, das gesamte produktive Kapital vermittels eines Stücks Papiers zu beherrschen, ohne dass es auch nur seinen Namen zu nennen braucht.“

Weshalb das Dritte Reich bekanntlich Wechsel, Aktien, Pfandbriefe und Hypothekendarlehen abgeschafft hat. Das gehörte „letzten Endes“ zum Kampf des deutschen Sozialismus gegen die korrupte Wirtschaftsgesinnung des Judentums.

Alkohol

Verdross und Aerger, die es doch nach Göbbels in dem glücklichen und nur noch lachenden deutschen Volke gar nicht mehr geben dürfte, sind mit Wein und Bier hinunterzuspülen! Auch von Kraftwagenführern! So erklärt der Führer des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, Korpsführer Hühnlein, in einem Schreiben an den Verein gegen Alkoholmissbrauch, der diesen „Führer“ zu einer scharfen Stellungnahme gegen den Alkohol gebeten hatte. Nach seiner Erfahrung werde die sichere Führung des Kraftwagens viel mehr durch seelische Erregung infolge Aergers, Ueberarbeit und Sorge um das tägliche Brot — auch das gibts also im Dritten Reich! — gefährdet als durch den mässigen Genuss von Alkohol. Der Alkoholiker Ley säuft bekanntlich auch nur „mässig“.

Genehmigte Knochen

Durch eine Anordnung der Ueberwachungsstelle für industrielle Fettversorgung darf „Glaserkitt“ bis auf weiteres nicht mehr hergestellt und verwendet werden.

Eine gemeinsame Anordnung der Ueberwachungsstelle Chemie und der Ueberwachungsstellen für industrielle Fettversorgung bringt scharfe Bestimmungen für die *Sammlung von Knochen*. Gewerbliche Betriebe aller Art müssen Knochen, die sie nicht unmittelbar zum Zwecke der menschlichen Ernährung verarbeiten oder abgeben, Händlern oder Knochenverarbeitern anbieten. Wer mit Knochen handeln oder wer Knochen verarbeiten will, bedarf hierzu der Genehmigung.

leumder haben gestanden, dass sie mit Geld bestochen worden sind, die falschen Anzeigen gegen mich zu erstatten!

Thormann: (Bitter) Um jämmerliche Judasgroschen wollten dich diese Burschen in Schande und Unehre verkaufen. Es ist erschütternd!

Leithöfer: Blindwütiger Hass und Verhetzung führen leicht zum Verbrechen. Gab es nicht ungezählte Menschen die noch vor kurzem bereit waren, das ganze deutsche Volk den bolschewistischen Henkersknechten zu überantworten?

Thormann: (Tief verstimmt) Und ich gehörte auch zu diesen Besessenen!

Leithöfer: (In tröstendem Zuspruch) Du hast den neuen Anfang gefunden, Fritz, und dieser Anfang steht bei dir im Zeichen einer tapferen und kameradschaftlichen Mannestat. Das macht alles wieder gut!

Thormann: (Ablenkend) Lassen wir das, Es war schliesslich nur meine Pflicht.

Leithöfer: Auf jeden Fall bin ich dir grössten Dank schuldig. (Sehr ernst) Es hätte doch zu leicht etwas hängen bleiben können, hättest du die Burschen nicht entlarvt.

Thormann: (Abwehrend) Reden wir nicht mehr davon!

Leithöfer: (Froher) Und da nun mit deiner Hilfe meine Angelegenheiten so gut in Ordnung gekommen sind, müssen wir nun daran gehen, auch dich wieder fest auf die Beine zu stellen.

Du musst endlich im Leben wieder zurecht kommen!... (Erklärend) *Der frühere Hausmeister vom Wöchnerinnenheim geht ab. Was meinst du, wenn du diesen Posten übernehmen würdest?*

Thormann: (Energisch abweisend) Nein, nein, das kommt gar nicht in Fra-

ge. Da sind all die anderen, die jahrelang keine Arbeit hatten.

Leithöfer: (Mit Nachdruck) All die anderen warten nur darauf, dass du zusagst und wieder zurecht kommst!

Thormann: (Sehr bewegt) Gibt es denn sowas noch?

Leithöfer: (Ernst, fast feierlich) Bei uns in der SA hat es so was immer gegeben. Es soll unser Zukunftsdienst am Volke sein, dafür zu sorgen, dass es dies bald im ganzen Volke wieder gibt. Schlag' ein, Fritz, in diesen glückseligen Tagen hat das ganze Volk eine neue Stellung bezogen. Nun zieh' auch du los zu neuem Beginnen!

Wer soll da noch Marxist bleiben, wenn er Hausmeister werden kann?!

Kurz darauf wird die Sache aber tragisch. Der SA-Mann Schulze ist von dem Kommunisten Port erschossen worden, und hat, bevor er ermordet wurde — er ahnte es nämlich — einen Abschiedsbrief geschrieben, der zur Verlesung gelangt: „Das Dritte Reich ist da! Ich grüsse es und seinen Führer! Heil Hitler.“ Sodann hält Sturmführer Leithöfer eine kleine Leichenrede. Sie — und mit ihr das Stück — schliesst mit den Worten:

Das Schicksal, Kameraden, wird auch am Dritten Reich nicht schonend vorbegehen. Die Zukunft wird Prüfungen bringen, wie sie die Vergangenheit brachte. Wir aber werden unerbittlich und eisenhart sein und an unserer Kraft und an unserer Treue wird die Macht des Schicksals zerbrechen. Und diese Treue und diese unüberwindliche Kraft, die schenkt uns unser Schulze immer wieder neu... *Schulze, du lebst... ewig deinem deutschen Volke!*

Das Stück hat, wie schon bemerkt, bei Publikum und Presse begeisterte Aufnahme gefunden. Die „Bremer Zeitung“

schreibt dazu: „Den Wert des Stückes zeichnet nichts besser, als der Befehl der SA-Gruppe Nordsee, das SA-Schauspiel „Rabanken“ im ganzen Gruppenbereich aufzuführen.“

Sächsisch-dinarisch

Wie erklärt man Lohengrin aus Blut und Boden, wo doch sein Schöpfer ein unverkennbares Leipzigerisch sprach? „Nicht sollste mich befragen“... Im sächsischen Verlag Heimatwerk ist endlich ein Bändchen erschienen, das auch in dieses Dunkel Licht bringt. Der Dresdner Musikkritiker E. Schmitz schreibt darin:

„Wagner war Sachse seinem ganzen Sinn und Wesen nach. Das Weiche, Schwärmerische fehlte nicht, auch nicht die Verbundenheit mit sächsischen Naturstimmungen; aber viel stärker ist die andere Seite des sächsischen Wesens hervorgekehrt: das Streibare, Kämpferische.“

Nu ja. Bleibt aber immerhin einiges Nichtsächsisches an Hitlers Lieblingskomponisten. Schmitz erklärt das mit dem „*dinarischen Einschlag*“. So vor allem (laut Dresdner Anzeiger) „die Erregtheit, die Spannung und Steigerung dieser Musik, die entfesselte und doch zielsicher verfahrenende Tonfarbenphantasie, und schliesslich die *nordische Düsternis*...“

Wir haben es immer gesagt: Nordische Helden können von Vertretern der europäisch-sächsisch-dinarischen Rassenmischung derart schmetternd in Szene und Musik gesetzt werden, dass sich Mischlinge wie Hitler und Rosenberg nichts Besseres wünschen. Was haben sie nun eigentlich noch gegen die Anders- und Gemischtrassigen?!

Wer kann's am besten?

Im Dritten Reich gibt es, wie es sich gebührt, bereits *Schulungskurse für Kriegsberichterstatler*. Der Kommandant der Kölner Flakartillerie hatte vor kurzem die Presse zu einer Übung: „Abwehr eines Fliegerangriffs“ geladen und den Journalisten Fleissaufgaben gestellt, wer den schönsten und packendsten Bericht über seine nächtlichen Erlebnisse zu geben imstande sei.

Die höchste Note bekam der Berichterstatler des „Westdeutschen Beobachters“. Seine Schilderung ist von packender Anschaulichkeit. Mit den Soldaten auf dem Kasernenhof klappten auch die Männer von der Presse „die Hacken zusammen“, als der Übungsleiter Major Römer das Gelände betrat. Bald darauf ging es los:

„... Jetzt ist der Flieger heran! Er versucht einen Tiefangriff. *Doch schon bellen die wackeren Kleinen los*. Arm-lang blüht Mündungsfeuer auf. Die alten Fachleute aus dem Grossen Krieg schüteln verwundert den Kopf. „Das ist ja einfach fantastisch.“ Es klappt ausgezeichnet. Die zum Herbst des vorigen Jahres Eingetretenen sind gut im Bilde, sind schon „alte“ Soldaten. Die Übung ist beendet. Es folgt eine kurze Nahbesichtigung. Verwundert stehen wir vor seltsam geformten und mit Dutzenden von geheimnisvollen Schaltern und Knöpfen, Hebeln und Griffen besäten Apparaturen. *Das macht uns keiner nach!*“

Auch diese Kriegsberichterstatler im sogenannten Frieden nicht! Einige Tage später begegnete der Kölner Kommandeur dem begeisterten Reporter und klopfte ihm wohlwollend auf die Schulter: „Gut gemacht, mein Junge!“

Die Hebamme des Dritten Reiches

Das Kölner Villen-Triumvirat vor fünf Jahren — Der Edelseparatist Bankier Baron von Schröder, der Papen und Hitler versöhnte

Wenn diese Geschichte wie eine schlechte politische Kolportage beginnt, so tragen die Umstände und die handelnden Persönlichkeiten die Schuld daran. Es war an einem trüben Wintertage des Januar 1933, als vor der eleganten Villa des Kölner Stadtwaldes ein schnittiges Auto vorfuhr. Ihm entstieg Ex-Reichskanzler Franz von Papen. Erneut konnte er sich in der Gunst des alten Herrn auf Neudeck, den der neue Kanzler durch die Aufdeckung des Osthilfeskandals bitter enttäuscht hatte. Vor dem Tore standen die Späher Schleichers, die Papens Anfahrt fotografierten und die Bilder sofort nach Berlin sandten. Im Salon der Villa des Herrn Barons von Schröder vollzog sich dann jenes arische Versöhnungsfest, von dem die Chronisten des Dritten Reiches nicht viele Details zu berichten wissen. Der Dritte im jungen Bunde war Adolf Hitler. Eben war es Papen gelungen, Hindenburgs Widerstand gegen den „böhmischen Gefreiten“ zu brechen, während dieser auf seine Nacht der langen Messer Verzicht leistete. Der künftige Reichskanzler war geboren.

Baron von Schröder, der Vermittler der Zusammenkunft, Mitinhaber der bedeutenden Kölner Privatbank I. H. Stein, war damals schon P. G. und hatte sich durch vielseitige Meriten für den Nationalsozialismus einen guten braunen Namen gemacht. Im Einvernehmen mit Kirdorf und dem Vorsitzenden des bergbaulichen Vereins, Herrn von und zu Löwenstein, bemühte er sich bereits seit den Septemberwahlen 1930, den fortwährenden Widerstand gewisser schwerindustrieller Kreise gegen den Nationalsozialismus zu brechen. Es gelang ihm im wachsenden Umfange. Ueber die Konten seiner Bank begannen Unterstützungssummen für die Partei in unwahrscheinlichen Höhen zu laufen, zunächst noch kaschiert, dann aber mit triumphaler Offenheit, als man das Bankunternehmen des Nationalsozialismus im deutschen Westen geworden war.

Vor nicht gar zu langer Zeit hat das gegenwärtig grösste deutsche Provinzblatt, der „Westdeutsche Beobachter“, das Jubiläum seiner zehnjährigen Existenz gefeiert. Undankbarerweise wurde in der Festnummer des Bankhauses I. H. Stein nicht gedacht. So oft das Blatt auch vom Bankrott bedroht war: stets sprang Baron von Schröder dem Herausgeber Dr. Ley mit stattlichen Sum-

men bei, die sich schliesslich auf die Hunderttausende beliefen. Leys Frau und eine ganze Serie von engeren und weiteren Verwandten mussten ihren Namen für alle möglichen Tochter- und Schachtelgesellschaften hergeben, um den „Westdeutschen Beobachter“, wenn Baron von Schröder die erforderlichen Summen nicht sofort flüssig machen konnte, vor juristischen Angriffen und Pfändungen zu schützen. Oft sah man in den Jahren von 1927 bis 1932 am Kölner Quatermarkt Herrn Dr. Ley in desolatem Zustande in die Geschäftsräume der Bank eilen, wo er dann stets die ersehnte Rettung fand.

Es ist nur gebühlich, dass der verdienstvolle Baron von Schröder sofort nach der Machtergreifung Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer wurde. Deren Mitglieder murrt zwar, weil sie von den Fähigkeiten ihres ihnen aufgezwungenen Präsidenten keineswegs überzeugt waren, aber schliesslich waren sie mit ihm als dem Verbindungsmann zu den nationalsozialistischen Parteistellen recht zufrieden. Sie übersahen sogar, dass sich ihr neuer Wirtschaftsführer im engsten Einvernehmen mit dem verstorbenen Louis Levy-Hagen als einer jener Edelseparatisten betätigt hatte, die zehn Jahre vorher das Rheinland politisch wie wirtschaftlich von Preussen und schliesslich auch vom Reiche „unabhängig“ machen wollten. Im Oktober 1923, damals, als Jares nach dem unglückseligen Ausgang des Ruhrkampfes das Rheinland „versacken“ lassen wollte, hielt Herr Baron von Schröder auf der anderen Seite des Stromes eine aufsehenerregende Rede mit sensationeller Proklamation. Er forderte in demselben Saale, in dem er heute als Wahrer nationaldeutscher Wirtschaftsbelange präsidiert, die westdeutschen massgebenden Wirtschaftskreise zur Gründung einer eigenen rheinischen Goldnotenbank auf. Dieses Unternehmen sollte in naher Verbindung mit den führenden französischen und englischen Bankkreisen für das Rheinland eine eigene Währung stabilisieren und damit die währungs- und finanztechnische Ablösung von Berlin und von der deutschen Reichsbank verwirklichen. Baron von Schröder rühmte sich offen, die entsprechenden Vorverhandlungen mit dem Auslande bereits eingeleitet und mit seinem Projekt eine aus-

serordentlich günstige Aufnahme gefunden zu haben, wobei er sich immer wieder auf die Ansichten des neben ihm sitzenden, ihm lebhaft zuwinkenden Mentors, des grössten Tantiemenbeziehers der deutschen Finanzwelt, Louis Levy stützte.

Aus der rheinischen Goldnotenbank ist, wie man weiss, nichts geworden. Ein wahrer nationaler Entrüstungsturm legte diese Pläne hinweg, die nicht nur die Einheit des deutschen Wirtschaftskörpers, sondern unmittelbar die politische Einheit des Reiches bedrohten. Man sprach im Oktober 1923 voll Hohn im Rheinland von einer „Levy- und Schröder-Währung“, und es gehörte zum guten Ton, die Bankhäuser Levy und I. H. Stein wegen ihrer offen separatistischen Tendenzen offen zu ächten und zu boykottieren.

Herrn von Schröder hat dieser dunkle Punkt in seiner Vergangenheit in den Reihen der führenden Nationalsozialisten nicht sehr geschadet. Zwar wurden die kleinen Separatisten nach der Machtergreifung im Rheinland und in der Pfalz in die Gefängnisse geworfen und viele halb tot geschlagen — die grossen und einflussreichen Landesverräter genossen die Gnadensonne der nationalen Erhebung. In schmucker, schwarzer Uniform, auf der zahlreiche Lützen und Sterne den hohen Dienstgrad ihres Trägers verzeichnen, bewegt sich heute Herr von Schröder mit schöner Sicherheit bei jedem offiziellen Anlass unter der Elite seiner Volksgemeinschaft.

Wenn er, wie erst vor wenigen Wochen, in seiner Eigenschaft als rheinischer Wirtschaftsführer in präsidentaler Rede die Austreibung der Spekulation von der Börse und die dringend erforderliche Beseitigung des jüdischen Einflusses in der deutschen Wirtschaft als nahe Grosstat des Nationalsozialismus ankündigt, dann blitzen seine treudeutschen blauen Augen in Blicken des Dankes zum Porträt seines Führers herüber. Es wäre unschicklich, wenn wir das fünfjährige treue Einvernehmen dieser Männer und den Händedruck in der Villa am Kölner Stadtwald mit Stillschweigen übergehen würden. Nennt man Franz von Papen den Geburtshelfer des Dritten Reiches, so verdient Baron von Schröder den Ehrentitel seiner Hebamme.

HARALD

Bauerntragödie

Als alter Mann von Haus und Hof gejagt

Was geschieht, wenn ein armer, kranker, alter Bauer sein Anwesen nicht mehr recht zu bestellen vermag? Im Stil nazistischer Lesebücher würde die Antwort etwa so lauten: „Da der arme alte Bauer einen lahmen Fuss hatte, so spannten der junge Hans vom Nachbar und sogar des Bürgermeisters Sohn die Pferde ihrer Väter vor seinen Pflug und ackerten ihm das Feld. Das ist die echte Volksgemeinschaft.“

In Patschkau sieht die Sache nach der Durchführungsverordnung zur Sicherung der Landwirtschaft vom 22. April 1937 schon ein wenig anders aus. Der Tatbestand gleicht dem am Anfang wiedergegebenen aufs Haar. Wir lesen in der Entscheidung 1937:

„Die 20 Morgen Land setzen sich aus Aekern und Wiesen zusammen. Franz S. bewirtschaftet zur Zeit seinen Betrieb allein ohne jede fremde Hilfe. Bis vor kurzem war sein verstorbener Bruder als Miteigentümer auf dem Hofe tätig. Beide haben die Wirtschaft von ihrem Vater geerbt. Franz S. ist unverheiratet, wie es auch sein Bruder war und über 60 Jahre alt.“

Es folgt nun in dem Beschluss ein langer Bericht darüber, dass der Alte in der Gemeinde offenbar wenig beliebt war. Er und sein Bruder hätten als „Sonderlinge“ gegolten. Kurz und gut im Frühjahr 1937 sah sich

„der Kreisbauernführer genötigt, dem Nutzungsberechtigten Franz S. die Verpachtung seines Betriebes anzuraten.“

Versteht sich, nicht weil der S. ein „Sonderling“ war, sondern

„die Bewirtschaftung ihres Betriebes durch die Gebrüder S. hat seit mehreren Jahren schon Anlass in der Gemeinde erregt, weil sie ihr Land zum Teil gar nicht und zum anderen Teil nur ungenügend bestellt hatten. Immer sind sie jedenfalls mit der Bestellung ganz erheblich im Verzug gewesen.“

Also, Franz S. weigerte sich, seinen Hof nach dem Rate des Ortsbauernführers zu verpachten. Der Ortsbauernführer, muss man wissen, ist ein Bauer, der sein Gut be-

wirtschaftet, nicht eine Amtsperson im Hauptberuf. Was tat der Kreisbauernführer? Er wendet sich an das zuständige Gericht? Nein, da er ein Bauer und somit ein praktischer Mann war,

„hat der Kreisbauernführer im April d. J. auf Grund der Verordnung zur Sicherung der Landwirtschaft vom 23. März 1937 den Landwirten Ch. und F. in G. die ganze Fläche des S.-Betriebes, insbesondere die Aecker, zur Bearbeitung übertragen. Es war schon damals, etwa am 15. April des Jahres, zwischen dem Kreisbauernführer und den genannten Landwirten vereinbart worden, dass diese auf neun Jahre zu einem Pachtpreis von zunächst 12 Reichsmark pro Morgen und Jahr und später zu 16 RM Pächter werden sollten.“

Was aber tat Franz S.? Nicht zufrieden damit, dass ihm die Interessenten pro Morgen 12 RM, d. h. für seine 20 Morgen im Jahre 240 RM zahlen sollten, „widersprach er jeder Verpachtung seines Betriebes“ und brachte die Sache mit seiner Widerspenstigkeit bis vor das Amtsgericht Patschkau. Dieses nahm die vom Gesetze vorgeschriebene Besichtigung des Gutes in der „gehörigen Besetzung“ vor und musste allerdings bekennen:

„Hinsichtlich der gerügten Mangelhaftigkeit und Säumnis der Bestellung musste sich allerdings das Amtsgericht auf die zuverlässigen Angaben des Orts- und Kreisbauernführers verlassen, da inzwischen die von dem Kreisbauernführer eingesetzten Pächter ordnungsgemäss bestellt hatten.“

Dagegen hat das Amtsgericht gegen die Person des abgehausten armen Teufels folgende vernichtenden Feststellungen treffen können:

Franz S. ist persönlich so ungepflegt, wie wohl kaum ein anderer Volksgenosse in seinem Dorfe. Geistig ist er nicht gerade minderwertig, aber völlig unzugänglich und misstrauisch. Er bildet sich ein, wie bisher als Einsiedler weiterleben zu können und der Volksgemeinschaft gegenüber keinerlei Pflichten zu haben.“

Es ist unnötig zu sagen, dass das Gericht die Massnahmen des Kreisbauernführers „ganz und gar“ billigte. Die Volksgemeinschaft, vertreten durch die beiden Freunde des Bauernführers, kann den Hof weiter

für den Pachtpreis vor 240 RM pro Jahr bewirtschaften, weil Gemeinnutz vor Eigennutz geht. Auf den schönen Lesebuchgedanken, man könne einem alten Volksgenossen helfen, ist kein Mensch gekommen.

Der Bauer ist kein Spielzeug

Wer Erbkrank zur Zielscheibe seines privaten Spottes macht, wird laut „NSK“ mit Gefängnis bestraft, „da Unfruchtbarkeit keine Schande ist. Dagegen ist Entmannung eine Strafmassregel“.

Auch wir meinen, dass den Sterilisierten durch den Staat schon genug Unbill widerfahren sei. Es bedarf des nachgeworfenen Spottes wirklich nicht. Andererseits tut ihnen zuweilen das Gesetz Schlimmeres an als die rohe Naivität aufgeputzter Dorfnachbarn. Die „Preussische Zeitung“ Nr. 352 berichtet:

„In der Erkenntnis, dass die Erbhosilte Trägerin des Blutes des deutschen Volkes sein soll, hat das Reichserbhofgericht weiter entschieden, dass erbkrank, insbesondere schizophrene Personen niemals Blutquelle des deutschen Volkes sein können. Diese Erkenntnis führt notwendig dazu, die Bauernfähigkeit eines bereits seit 1933 an Schizophrenie leidenden und deshalb 1935 unfruchtbar gemachten Eigentümers einer landwirtschaftlichen Besitzung auch dann zu vermeiden, wenn er bis zu seiner Unfruchtbarkeit und auch danach seinen Hof ordnungsgemäss bewirtschaftet hat. Sein Besitz ist daher nicht Erbhof geworden.“

Der Schizophrene hat also seinen Acker ordentlich bestellt. Dann hat man ihn unfruchtbar gemacht. Er blieb ein fleissiger Bauer. Nunmehr spricht man ihm die Erbhoffähigkeit ab, d. h. er wird seinen ordnungsgemäss bewirtschafteten Hof verlieren. — Erstaunlich, wie lange man an einer Fliege herumspielen kann, bis sie tot ist.

Man liebt sie nicht

Das Germanische Museum in Nürnberg veranstaltet eine „Schau deutschen Winterbrauchtums“. Das Berliner „8 Uhr-Blatt“ berichtete darüber unter dem Titel: „Eine

interessante Schau deutscher Bräuche“ und bringt dazu vier Abbildungen, darunter drei Masken aus dem Inntal, aus dem Lötschental und aus Graubünden.

Dazu bemerkt die Baseler „National-Zeitung“ sichtlich missgestimmt:

„Wenn irgendwo, dann ist auf dem Gebiet der Volkskunde genaue Bezeichnung angezeigt, also: Winterbrauchtum des deutschen Sprachgebiets.“

Wie am Rhein, so auch an der Donau. In der „Times“ erzählt M. Reed, der Wiener Korrespondent des Blattes, ein Berliner Journalist habe neulich Wien besucht und in seiner Zeitung darüber berichtet. Er hat über den Würstelprater geschimpft, das hat die Wiener nicht aufgeregt. Dann aber hat der Unglücksmensch die neue Kahlenbergstrasse gerühmt und über sie geschrieben: „Sie ist grossartig, in der Tat, sie ist deutsch.“ Diese Bemerkung, sagt Reed, habe die Wiener ganz wild gemacht.

Ja, in Basel wie in Wien findet man dieses Deutschtum von heute zu — „grossartig“.

Eine „Internationale Brigade“!

In allen periodischen Publikationen der „NS-Studentenschaft“ befand sich dieser Tage die folgende amtliche Mitteilung, die zur Zeit auch noch an den Schwarzen Brettern der reichsdeutschen Universitäten hängt:

„Der Leiter der NS-Studentenkampfhilfe hat im Einvernehmen mit dem Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP Bohle den Präsidenten des Deutsch-Akademischen Austauschdienstes SS-Brigadeführer General von Masow zum Gauverbandsleiter Ausland der NS-Studentenkampfhilfe ernannt. Von dieser Stelle werden nicht nur die Angehörigen der Altherrenverbände im Ausland und auf See erfasst, sondern alle ehemaligen deutschen Akademiker im Ausland und auf See.“

Was unter dem „erfassen“ zu verstehen ist, insbesondere wenn es ein ehemaliger preussischer General besorgt, der früh genug seinen Weg zu Hitler fand, ist vielleicht heute ein wenig leichter verständlich geworden auch für den allerdemokratischsten Optimisten und Illusionisten in der noch faschistenfreien Welt — nachdem England mit einer Serie von Ausweisungen deutscher Spione sich hat zur Wehr setzen müssen.

Beschlagnahmt

„Die Kleinen hängt man . . .“ In Stuttgart wurden einer Mutter, die für eine fünfköpfige Familie zu sorgen hat, von der Geheimen Staatspolizei dreissig Kilogramm Butter und Fett beschlagnahmt, weil sie sie im Verlauf einiger Wochen zusammengehamstert haben soll. Das Mehrfache dieser Menge wird bei einem der vielen Festessen aufgebraucht, die in den letzten Monaten in rascher Folge von den zahlreichen nationalsozialistischen Bonzen veranstaltet worden sind.

Aber bis in die Hamsterkammern ihrer Villen dringt die Geheime Staatspolizei natürlich nicht vor . . .

Bezugspreise

Der «Neue Vorwärts» kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs (fuer ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise fuer das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), C. S. R. K. 1.40 (18.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen koennen erfolgen: Paris Credit Commercial de France, N° 529111 Tschechoslowakei: Zeitschrift «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Warschau 194.797 Schweiz: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Zürich Nr VIII 14.697. Rumänien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto «Neuer Vorwärts», Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto «Neuer Vorwärts» Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Kopto «Neuer Vorwärts», Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.